

7.796

epzb.admir@dodis.ch/51195



1950032134

Orientierungen

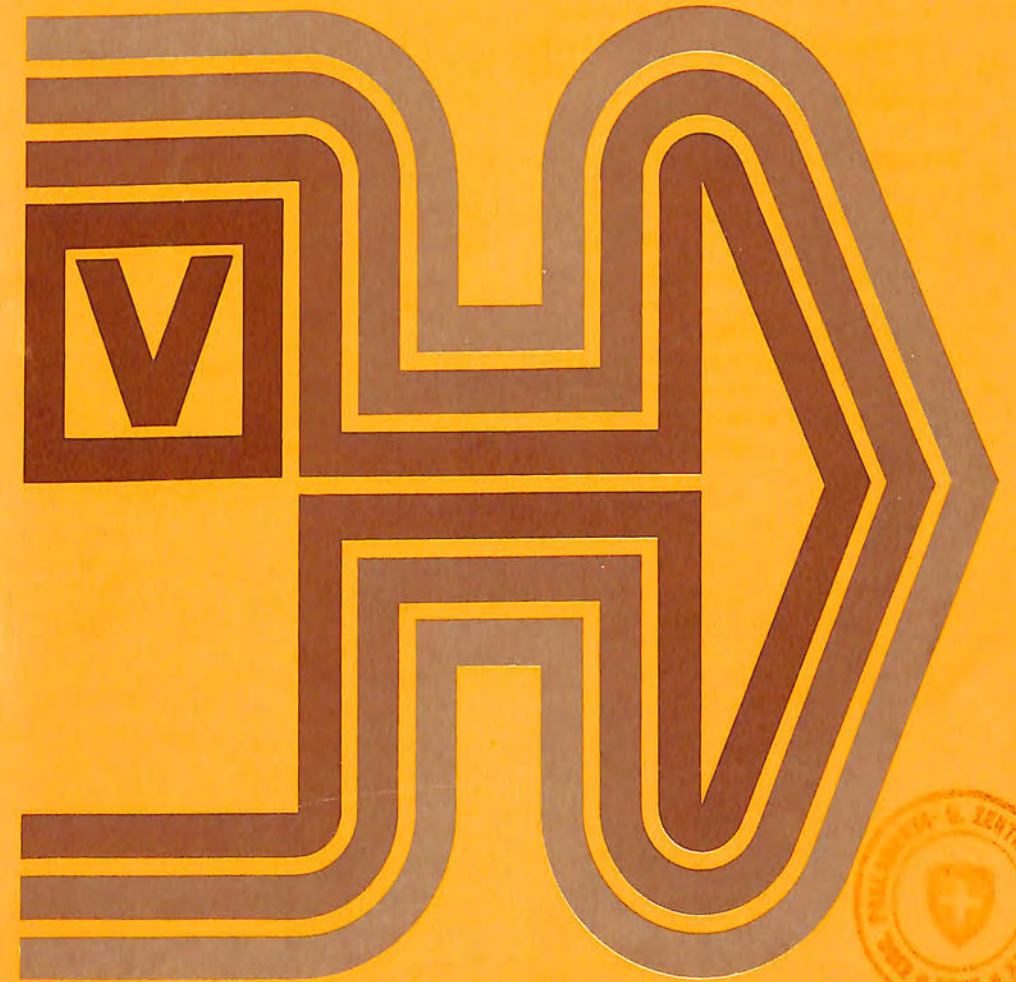
der Schweizerischen Volksbank

Die Schweiz
und die Entwicklungs-
zusammenarbeit

von Botschafter
Sigismund Marcuard, Bern

Nr. 58

Oktober 1973



cf. 1973

Dodis



Die Schweiz und die Entwicklungszusammenarbeit

Botschafter *Sigismond Marcuard*,
Delegierter für technische Zusammenarbeit, und seine Mitarbeiter

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3	3. Handelspolitische Massnahmen	15
1. Was bedeutet Entwicklung?	4	Tarifliche Massnahmen	16
2. Die Eigenart der Unterentwicklung	4	Rohstoffabkommen	16
3. Die Grenzen der Entwicklung	6	Handelsförderung	16
Die schweizerische Beteiligung an der internationalen Entwicklung	8	Sieben Beispiele technischer Zusammen- arbeit	18
1. Die technische Zusammenarbeit	8	– Nord-Dahome: Funktionelle Alphabe- tisierung in ländlicher Gegend	18
Ihr Ziel	8	– Indien: Viehzucht- und Landwirtschafts- projekte	20
Tätigkeitsbereiche	9	– Tschad: Landwirtschaftliche Ausbil- dungsstätten	21
– Bevölkerung	9	– Costa-Rica: Ausbildung von Kälte- technikern	23
– Landwirtschaft	9	– Rwanda: Fortbildung von Schmieden	24
– Industrie	10	– Indien: Bewässerungsdarlehen zugunsten bedürftiger Bauern	26
– Dienstleistungen	11	– Peru: Wirtschaftliche Nutzung der Amazonasurwälder	27
Die Formen der technischen Zusammen- arbeit	11		
2. Finanzhilfe und Massnahmen zur Förderung von Privatinvestitionen	13		
Formen	13		
Der Beitrag der Schweiz	14		

Einleitung

Auch die Entwicklungszusammenarbeit entwickelt sich.

Unsere Ansichten über die dritte Welt entsprechen nicht mehr denjenigen der 50er Jahre. Die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern ist vielfältiger und vielseitiger geworden. Von unseren Partnern wie auch von uns selbst wurden aus den auftauchenden Schwierigkeiten die Lehren gezogen, aus den ersten Erfolgen jedoch auch der Wille, weiter zu arbeiten, geschöpft.

Die Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit lassen aber auch einige Fragen auftauchen, wie die folgenden:

– Was bedeutet eigentlich Entwicklung? Im Zuge der Dollarabwertung hat die Schweiz ihre Position verbessert und ist an die Spitze der reichsten Länder der Welt vorgestossen. Der Graben, der uns von den Entwicklungsländern trennt, hat sich also schlagartig vergrössert. Hat sich die Schweiz aber dementsprechend «weiterentwickelt»? Diese Frage zeigt, dass Vergleiche zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern nicht einfach auf statistischen Angaben beruhen können. Entwicklung muss anders bewertet werden; aber wie?

– Wieso teilt sich die Welt in «entwickelte» und «unterentwickelte» Gebiete auf? Sogar im Hinblick auf die schweizerischen Berggebiete

spricht man seit einigen Jahren von «Entwicklungspolitik». Sind denn auch wir teilweise «unterentwickelt», obwohl unsere Arbeitskapazität sicher nicht in Frage steht und wir nicht unter einem tropischen Klima zu leiden haben? Offenbar reichen die oft vorgebrachten Gründe zur Erklärung der wirtschaftlichen Rückständigkeit gewisser Regionen nicht mehr aus. Gibt es einleuchtendere?

– Ist es für Asien, Afrika und Lateinamerika überhaupt möglich, denselben Fortschritt wie Europa und Nordamerika zu erreichen? Wir wissen heute, dass ein einziger Europäer ebensoviel konsumiert wie 40 indische Staatsbürger. Diese Tatsache hat natürlich einige Konsequenzen. Wahrscheinlich würden es die beschränkten Reichtümer unserer Erde gar nicht zulassen, dass die rückständigen Gebiete das gleiche Entwicklungsniveau wie die industrialisierten Länder erreichen. Der Entwicklung der Welt sind Grenzen gesetzt. Das haben wir immer und überall zu beachten. Wie können wir uns nun – zusammen mit den Entwicklungsländern – in diesen Grenzen zurechtfinden?

Wir wollen versuchen, auf diese drei Fragen zu antworten und den Rahmen, in welchem sich die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit abspielt, abzugrenzen.

1. Was bedeutet Entwicklung?

Wir haben die Angewohnheit, Fortschritt mit Zahlen zu messen. Wir errechnen den Umsatz einer Unternehmung, zählen die Bewohner einer Ortschaft, schätzen das Einkommen einer Nation. Wachstum und Vermehrung sind oft gleichbedeutend mit Erfolg.

Dieselbe Methode wird meistens beim Vergleich des Entwicklungsstandes der verschiedenen Länder angewandt. Man errechnet die täglich konsumierten Kalorien, zählt die Schulen, schätzt die landwirtschaftliche Produktion. Da der Vergleich dieser Zahlenangaben immer zugunsten der Industrieländer ausfiel, zielte die Entwicklungsplanung in erster Linie auf die Mehrung des Zählbaren und die Steigerung des Messbaren hin. Entwicklung bedeutete also praktisch Wachstum. Diese Sicht der Dinge ist natürlich nicht ganz falsch, denn weder Hunger noch Unwissenheit können ohne Wachstum beseitigt werden. Die Entwicklung kann aber nicht darauf beschränkt sein, Magen und Kopf zu füllen; diese zwei Ziele sind nur Voraussetzung der Entwicklung. Echte Entwicklung ist also mehr als Wachstum und Arithmetik.

Ein Künstler zum Beispiel entwickelt sich nicht, indem er, als Maler, grössere Bilder malt oder, als Pianist, die Tonleitern in schnellerem Rhythmus spielt, sondern indem er seine Kunst verfeinert. Ebensovienig messen wir den Wert einer Person an ihrer Grösse oder ihrem Appetit. Was zählt, ist, wie diese Person von ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten Gebrauch macht.

Massgebend für die Entwicklung ist also nicht die Quantität der Güter, die eine Gesellschaft konsumiert, sondern die geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Werte, die sie aus dem zu ziehen weiss, was ihr zur Verfügung steht.

Eine moderne Stadt, in welcher ein grosser Teil der Bevölkerung in Armut lebt, ist somit kein Beispiel der Entwicklung. Automatisierte Fabriken, die Luxusgüter herstellen, nützen nur einer Minderheit der Bevölkerung. Die Tatsache, dass die Weltbevölkerung in ihrer grossen Mehrheit von der Mitbestimmung an

bedeutenden Zukunftsentscheidungen ausgeschlossen ist, zeugt von Unterentwicklung. Das wirtschaftliche Wachstum und der technische Fortschritt werden ihrer Zielsetzung nicht gerecht, wenn langfristig Menschen, Völker oder die Natur darunter zu leiden haben.

Es ist nicht einfach, die Bedingungen und Eigenschaften einer echten Entwicklung festzulegen. Jedes Volk und jede Epoche wird ihre eigene Antwort auf dieser Frage formulieren müssen. Auf Grund der gemachten Erfahrungen können wir aber die bisherigen Vorstellungen ergänzen und erweitern. So wissen wir heute, dass wirtschaftliches Wachstum mit sozialem Ausgleich, materieller Wohlstand mit geistiger Entfaltung, Nutzung des natürlichen Reichtums mit Umweltschutz verbunden ist.

2. Die Eigenart der Unterentwicklung

Um mögliche Zusammenhänge zwischen raschem wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Rückständigkeit aufzuzeigen, halten wir uns an das nächstliegende Beispiel: unser eigenes Land.

Noch vor 200 Jahren waren 66% der schweizerischen Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig; jetzt sind es 8%. Mehr als die Hälfte der schweizerischen Arbeitskräfte sind heute in der Industrie beschäftigt. Parallel zu dieser beruflichen und sozialen Umschichtung wuchsen die städtischen Zentren. Zürich war um 1850 ein Städtchen mit 17000 Einwohnern; heute sind es 25mal mehr. Basel, Genf, Bern, Lausanne und St. Gallen haben sich im Verlaufe des letzten Jahrhunderts um das 6- bis 8-fache vergrössert. Noch grösser ist das Wachstum der jährlichen wertmässigen Produktion der Schweizer Industrie: sie hat sich seit 1958 verdoppelt. Auch die Produktivität der Landwirtschaft hat zugenommen: von 1939 bis 1967 sind die mittleren Erträge pro Hektare beim Weizen von 21 auf 40 Zentner, beim Mais von 26 auf 57 Zentner und bei den Kartoffeln von 131 auf 290 Zentner gestiegen. Diese Leistungen der Landwirtschaft und Industrie führ-

ten zu mehr als einer Verdoppelung des realen Pro-Kopf-Einkommens der Schweiz seit dem zweiten Weltkrieg.

Das wirtschaftliche Wachstum und der soziale Wandel waren aber auch Ursprung zahlreicher Probleme für die Schweiz. Die Bevölkerung konzentriert sich mehr und mehr in einzelnen Regionen unseres Landes. Ungefähr ein Drittel der Einwohner lebt heute auf einem Gebiet, das nur 6% der Gesamtfläche des Landes entspricht. Die zehn Alpen- und Voralpenkantone weisen dagegen nur einen Sechstel der Bevölkerung auf. Wenn auch die gesamtschweizerische Bevölkerungszunahme zwischen 1950 und 1960 15% betrug, so hat doch die Einwohnerzahl in beinahe der Hälfte unserer rund 3000 Gemeinden abgenommen.

Dem Verstärkungsprozess steht also die Tendenz zur Entvölkerung der Gebirgsregionen gegenüber, was das wirtschaftliche Ungleichgewicht noch verstärkt. Das Einkommen eines Baslers ist im Durchschnitt doppelt so hoch wie das eines Schweizers in den Berggebieten. Die Prozentzahlen der öffentlichen Schulden je Einwohner sind in den finanzschwachen Kantonen ungefähr 10mal höher als in den reichen. Warum das so ist? Niemand würde zu behaupten wagen, unsere Bergbewohner seien arbeitsscheu, korrupt oder politisch ungebildet. Das Gegenteil wäre leicht zu beweisen. Es trifft aber wohl zu, dass die Mentalität der Bergbevölkerung anders ist als jene der Stadtbewohner, da die Verschiedenheit der beiden Lebensweisen weit zurückreicht. Die relative Rückständigkeit bestimmter Kantone erklärt sich jedoch viel eher durch den Einfluss äusserer Umstände. Die moderne Wirtschaft neigt dazu, sich dort zu konzentrieren, wo sie die besten materiellen und sozialen Bedingungen vorfindet. Der Schaffung solcher wirtschaftlicher Zentren folgen rasch ein dichteres Verkehrsnetz, bessere berufliche Ausbildungsmöglichkeiten sowie medizinische und soziale Dienstleistungen, die alle ihrerseits wieder die wirtschaftliche Expansion fördern.

Je weiter aber eine solche Entwicklung fortschreitet, desto nachteiliger wirkt sie sich auf weniger begünstigte Gebiete aus. Die jungen Leute wandern ab, die Zurückbleibenden werden entnutzt, und die Konkurrenzfähigkeit dieser benachteiligten Bevölkerungsgruppe verringert sich immer mehr.

Das ungleichmässige Wachstum unserer Wirtschaft stellt das Postulat der Gleichheit zwischen den Schweizern in Frage. Wenn die Erhaltung der sozialen und politischen Übereinstimmung unseres Volkes wichtig erscheint, müssen wir ständig versuchen, ein besseres Gleichgewicht zu schaffen. Da die Ursachen der Unterentwicklung, wie wir gesehen haben, nicht alle bei den Bergkantonen selbst liegen, dürfen wir dieser Verantwortung nicht ausweichen.

Zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum im Mittelland und der Rückständigkeit der Berggebiete besteht eine gegenseitige Abhängigkeit. Deshalb hat der Bundesrat im Jahre 1971 einem gesamtwirtschaftlichen Entwicklungskonzept für die Berggebiete zugestimmt. Das Parlament prüft gegenwärtig Massnahmen zur Förderung der Investitionen in diesen Gebieten. Unbestritten wird heute anerkannt, dass es Aufgabe des ganzen Landes ist, den wirtschaftlichen Ausgleich zwischen Industriezentren und Berggebieten zu fördern.

Die Lage der Entwicklungsländer gleicht in mancher Beziehung derjenigen der Bergkantone. Der beträchtliche Unterschied zwischen reichen und armen Ländern, etwa in bezug auf das Pro-Kopf-Einkommen, die Lebenserwartung, die industrielle Entwicklung oder den Kalorienverbrauch, war Gegenstand zahlreicher Untersuchungen. Besonders schlimm aber ist, dass sich dieser Graben zwischen Reich und Arm ständig vergrössert. Ohne den Zahlen allzugrosse Bedeutung beizumessen, gilt es doch zu vermerken, dass sich zwischen 1960 und 1968 das jährliche Einkommen der Industriestaaten um 400 Milliarden Dollar erhöht hat. Diese Zunahme übertrifft das gesamte Jahreseinkommen aller Entwicklungsländer zusammen.

Als sich Amerika und Europa nach dem zweiten Weltkrieg langsam des grossen Elends in zahlreichen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bewusst wurden, schrieb man diese Situation meistens der «anderen Mentalität» der Völker der Dritten Welt zu, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Schwierigkeiten zum grossen Teil durch Umstände hervorgerufen wurden, an deren Entstehung die Industriestaaten nicht unbeteiligt waren. Die Eigentümlichkeiten der Unterentwicklung waren seither Gegenstand genauer Analysen.

Die Unterentwicklung beruht nicht auf Ursachen, die auf das Land selbst oder ein begrenztes regionales Gebiet zu beziehen sind. Der Rahmen ist grösser. Wir finden auf internationaler Ebene die gleiche Erscheinung zwischen dem Fortschritt der einen und der Rückständigkeit der anderen, wie wir sie schon in der Schweiz aufgezeigt haben. Als wirtschaftlich schwächere Partner sind die Länder der Dritten Welt auf vielen Gebieten von den Industriestaaten abhängig. So sind zum Beispiel die gesamten Schulden der 80 Entwicklungsländer von 21 Milliarden Dollar im Jahre 1961 auf 66 Milliarden Dollar im Jahre 1970 gestiegen. Während, als Ganzes gesehen, die Preise der vor allem in den Industriestaaten hergestellten Fertigprodukte ständig steigen, sind die Preise der von den Entwicklungsländern gelieferten Rohstoffe dieser Steigerung nur teilweise unterworfen. Dadurch wird das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern noch verschärft.

Im weiteren neigen die Kader der Dritten Welt, die oft in den industrialisierten Ländern ausgebildet wurden, häufig zu einem Konsumverhalten, das den wirtschaftlichen Möglichkeiten ihres Landes nicht entspricht. Die ständige Vermittlung der westlichen Lebensweise durch Informations- und Publizitätsmedien verstärkt noch diese Tendenz.

Ohne industrielles Wachstum einer gewissen Anzahl Staaten gäbe es zwar in den am wenigsten begünstigten Ländern zweifellos Not und Elend verschiedenster Art, aber nicht das, was wir als Unterentwicklung bezeichnen. Denn ist die Unterentwicklung schliesslich nicht die Situation derjenigen, die nicht nur vom Fortschritt der Stärksten ausgeschlossen sind, sondern sogar in deren Abhängigkeit geraten?

Unter Berücksichtigung aller Umstände wird in der Schweiz nur eine Minderheit betroffen. Weltweit gesehen, macht die Bevölkerung der benachteiligten Gebiete die grosse Mehrheit aus. 1920 lebten 63 % der Weltbevölkerung in Ländern der Dritten Welt. 1980 werden es 72 % sein. Deshalb muss unser Beitrag an eine echte Entwicklung der Dritten Welt, mit anderen Worten die Entwicklungszusammenarbeit, heute zu den wichtigsten Aufgaben zählen, die wir zu erfüllen haben.

3. Die Grenzen der Entwicklung

Die Völker der Welt sind gemeinsam für ihre Entwicklung, im wahrsten Sinne des Wortes, verantwortlich. Das bedeutet aber zugleich, dass sie gemeinsam dem wirtschaftlichen Wachstum klare Grenzen setzen müssen, um zu verhindern, dass Menschen oder die Natur Schaden nehmen. Da wir in den Industriestaaten mit unserer Sorge um Natur und Umwelt erst am Anfang stehen, sind wir nicht in der Lage, den Entwicklungsländern gegenüber als Lehrmeister aufzutreten. Im weiteren sind diese Länder so stark darauf ausgerichtet, ihren Lebensstandard zu heben, dass ihre Regierungen es sich kaum leisten können, in erster Linie an den Umweltschutz zu denken. Auch ist es einfacher, die gegenwärtigen Bedürfnisse zu befriedigen, als die Grundlage zu einem dauerhaften Fortschritt zu legen. Eine Planung mit zu beschränkten Zielen wird aber echten Fortschritt unmöglich machen. Hier haben «Entwickelte» und «Unterentwickelte», Reiche und Arme noch viel zu lernen. Die Entwicklungszusammenarbeit ist nun, indem sie beide, Reiche und Arme, zusammen in Kontakt bringt und damit die Möglichkeit gibt, Erfahrungen, Erfolge und Misserfolge miteinander zu vergleichen, eine ausgezeichnete Bildungsstätte. Sie ist nur schon aus diesem Grund eine Notwendigkeit.

Wenn schon die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit eine schwierige Aufgabe ist, so trifft das für die Festlegung ihrer Grenzen noch viel mehr zu. Wäre das Feld des wirtschaftlichen Wachstums unbegrenzt und wären die materiellen und intellektuellen Reserven unerschöpflich, liesse sich vielleicht das Problem der Unterentwicklung rascher lösen. Man könnte sich vorstellen, dass das Ziel mit einer grösseren Arbeitsleistung, einer wachsenden Produktion, mehr Energie und besserer Bildung erreichbar sei. Uns fehlen aber unglücklicherweise sowohl die Kräfte als auch der Raum zu einem unbegrenzten Wachstum. Deshalb müssen wir, bei gleichzeitiger voller Unterstützung der am wenigsten begünstigten Länder, lernen, unsere eigene Entwicklung besser zu kontrollieren und ins Gleichgewicht

zu bringen. Das heisst aber, dass zwischen den Völkern die Zusammenarbeit verbessert und das Vertrauen vertieft werden muss. Denn im Grunde genommen geht es darum, sowohl in

den Ländern, wo Mangel herrscht, als auch in den Staaten, wo das Wachstum zum Überfluss führt, gemeinsam nach neuen Wegen der Entwicklung zu suchen.

Die schweizerische Beteiligung an der internationalen Entwicklung

In dem Masse, wie in unseren Beziehungen zum Ausland der Begriff der Solidarität neben demjenigen der Neutralität an Bedeutung gewann, übernahm die Schweiz Verantwortungen, die aus der Gegenüberstellung zwischen reichen und armen Ländern erwachsen. In hohem Masse industrialisiert und in den meisten Ländern wirtschaftlich vertreten, beteiligte sie sich an den Anstrengungen zur Verminderung der Ungleichheiten zwischen den Regionen der Welt.

Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich heute hauptsächlich auf drei Bereiche:

1. Übermittlung und Erweiterung von wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen, deren Anhäufung bis jetzt vor allem in den industrialisierten Ländern stattgefunden hat; dies ist die Hauptaufgabe der technischen Zusammenarbeit.
2. Einsatz von Kapital, sei es durch Unterstützung privater Investitionen, sei es durch Gewährung von Finanzhilfe.
3. Beteiligung an den internationalen Anstrengungen, die darauf hinzielen, die Regeln des Welthandels zu verändern, so dass die Länder der Dritten Welt für ihre Produkte erleichterten Zugang zu den Märkten bekommen, ihre Kaufkraft erhalten und verbessert und die Diversifizierung ihrer Wirtschaft begünstigt wird; hierbei handelt es sich um die Gesamtheit der handelspolitischen Massnahmen.

1. Die technische Zusammenarbeit

Ihr Ziel

In der Geschichte der Industrieländer, z.B. unseres Landes, war die Entwicklung immer komplexerer Techniken in allen Bereichen menschlicher Tätigkeit ein bestimmender Faktor des wirtschaftlichen und sozialen Fort-

schriffs. Dieser Prozess hätte nicht stattfinden können ohne eine ständige Anhäufung von Kenntnissen und Erfahrungen, ohne ihre wechselseitige Einwirkung aufeinander und ohne ihre massive Verbreitung unter allen an der Entwicklung Beteiligten. Heute müssen die um ihre Entwicklung bemühten Länder der Dritten Welt von diesem Kapital der Kenntnisse und Erfahrungen Nutzen ziehen können, um es ihren Bedürfnissen anzupassen, ihre eigenen Modelle der Entwicklung auszuarbeiten und diese innerhalb ihrer Bevölkerung bekanntzumachen. Nur so können diese Länder am Abenteuer menschlicher Erkenntnis aktiver teilnehmen und vermehrt aus eigener Kraft die Probleme meistern, die innerhalb ihrer Gesellschaften entstehen.

Die technische Zusammenarbeit hat zum Ziel, zu den darauf ausgerichteten Anstrengungen der Entwicklungsländer beizutragen, indem sie entwicklungsfördernde Kenntnisse und Erfahrungen übermittelt, anpasst und verbreitet. So sind die Förderung der Erziehung, beruflichen Ausbildung und Forschung, die Schulung von Spezialisten, die diese Länder in allen Bereichen benötigen, die Verbreitung von Techniken bei Bauern, Arbeitern und Handwerkern und die Bildung von dauerhaften Institutionen für die weitere Verfolgung dieser Ziele Aufgabe der technischen Zusammenarbeit. Eine solche Aufgabe kann nicht aus der Ferne erfüllt werden; sie setzt enge Beziehungen mit dem Entwicklungsland und seiner Bevölkerung voraus, d.h. den direkten Kontakt der erfahrenen Kader der Industrieländer mit ihren Kollegen in der Dritten Welt. Technische Zusammenarbeit wird daher vor allem durch den Einsatz von qualifiziertem Personal – Entwicklungshelfer, die sich mit den Problemen und Hoffnungen ihrer einheimischen Partner vertraut machen – erbracht und diese Art der Übertragung von Wissen und Erfahrungen durch Weiterbildungsstipendien oder durch die Lieferung von Schul- und Demonstrationsmaterial ergänzt. Die technische Zusammenarbeit trägt damit bei, das Wohlergehen der Bevölkerung zu ver-

bessern, sei es direkt durch Vermittlung von Erziehung und Gesundheit, sei es indirekt durch Förderung der verschiedenen Wirtschaftssektoren: Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungsbetriebe. Selbstverständlich werden die Prioritäten innerhalb dieser Sektoren in Berücksichtigung der Bedürfnisse der verschiedenen Länder, die sich namentlich in ihren nationalen Entwicklungsplänen ausdrücken, festgelegt. Man muss aber auch auf die der Schweiz eigenen Möglichkeiten abstellen, denn unser Land verfügt in einigen Sektoren über besonders reiche Erfahrung.

Tätigkeitsbereiche

Bevölkerung

Die Verbesserung der Gesundheit und der Erziehung einer Bevölkerung, ihr Wohlergehen und ihr höherer Wohlstand sind sowohl Bedingung als auch Ziel des ganzen Entwicklungsprozesses; es braucht, um in dieser Richtung vorwärtszukommen, Männer und Frauen, die nicht durch körperliche Schwäche behindert sind, die fähig sind, auch ihre geistigen Kräfte zu mobilisieren, die für neue Ideen empfänglich, aber auch in der Lage sind, sie zu würdigen und sie ihrer eigenen Situation anzupassen. Der Dienst an der Gesundheit einer Bevölkerung erfolgt auf drei Ebenen. Zunächst werden durch geeignete Organisation der Wohngebiete die Gefahren für Leben und Gesundheit vermindert: das Aufbewahren und das Regenerieren des Wassers, das Vertilgen von Parasiten und anderen Krankheitsursachen sind prioritäre Anliegen in diesem Bereich. An zweiter Stelle kommt die Verbesserung des Wohlergehens. Damit ist eine ganze Reihe von Präventivmassnahmen verbunden, deren Ziel es ist, die Widerstandskraft der Bevölkerung gegenüber den ihr drohenden Gefahren zu stärken. Diese Massnahmen umfassen sowohl Impfkampagnen als auch die Einführung neuer Ernährungsgewohnheiten und die Information über Hygiene und Familienplanung. Schliesslich muss die eigentliche medizinische Behandlung in einer Weise organisiert werden, dass sie dem grösstmöglichen Personenkreis zugänglich ist. Das bedeutet also, dass ein Gesundheitswesen mit sanitären

Dienststellen aufgebaut werden muss, dass Pflegepersonal, Ärzte, Biologen und auch Administratoren ausgebildet werden müssen, welche ihrerseits fähig sind, ein den lokalen Bedingungen angepasstes Gesundheitswesen zu schaffen und zu erhalten.

Erziehung ist unerlässlich, nicht nur zur Erziehung an sich, sondern auch, um es den Gliedern einer Gesellschaft im Wandel zu ermöglichen, sich den Veränderungen anzupassen. Lesen und Schreiben sind Mittel der Kommunikation und der Anhäufung von Kenntnissen. Diese Mittel nur wenigen Privilegierten vorzubehalten, bedeutet, an der Schaffung einer unausgeglichenen Gesellschaft mitzuwirken, und zwar nicht nur was Reichtum und Einkommen betrifft, sondern auch in bezug auf Einfluss und Macht. Die Erziehung muss, weil sie sehr tief in der Kultur eines Volkes wurzelt und folglich nicht das Monopol eines bestimmten Schultyps sein kann, unweigerlich an die lokalen Bedingungen angepasst werden (Sprache, Kultur, wirtschaftliche Tätigkeiten usw.). Um diese Aufgabe zu erfüllen, an welcher auch Schweizer teilhaben, braucht es Lehrer, die Kinder unterrichten, Erwachsenen Lesen und Schreiben beibringen oder dazu ausbilden, dass sie diese Aufgabe später erfüllen können¹; es braucht Pädagogen, welche ein neues didaktisches Material erarbeiten usw. Es gilt also, ein zusammenhängendes Erziehungssystem zu schaffen und die materiellen Mittel für seinen Unterhalt aufzubringen. Ungefähr ein Fünftel der Mittel, welche der Dienst für technische Zusammenarbeit (DftZ) in bilateralen Aktionen einsetzt, kommen der Gesamtheit dieser Aufgaben zu.

Landwirtschaft

8% Bauern in der Schweiz, zwischen 60% und 90% in den Ländern der Dritten Welt: das bedeutet, dass durch die Verbesserung der landwirtschaftlichen Erträge – in dem Masse, als die sozialen Strukturen dies erlauben – der grössten Zahl der Menschen geholfen werden kann. Gemäss den bereits im Lauf der Geschichte gemachten Erfahrungen wird der Anteil der Bevölkerung in ländlichen Gegenden in den kommenden Jahrzehnten abnehmen.

¹ Vgl. Beispiel auf Seite 18.

Aber es ist nicht gleichgültig, wenn diese Veränderung der Bevölkerungsstruktur brutal vor sich geht, weil die Zukunft auf dem Land ohne Hoffnung erscheint und das Wunder der Städte die Bauern anzieht. Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung meistern will, muss das Phänomen der Landflucht mit seinen zersetzenden Folgen in den Griff genommen werden. Die Aufgabe ist um so dringlicher, als der Bauer oft weder das Land besitzt, das er bearbeitet, noch das Haus, das er bewohnt. Die Erhöhung der Produktivität landwirtschaftlicher Arbeit ist somit ein Ziel von Vorrang.

Diese Voraussetzung, verbunden mit der Förderung von damit zusammenhängenden Tätigkeiten, wie Nutzung der Wälder, Viehzucht, Fischerei und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, kann der ländlichen Bevölkerung kurz- und mittelfristig zu einem höheren Lebensstandard verhelfen. Das wiederum hält die Landbevölkerung von der Flucht in die Stadt zurück, und der an sich unvermeidbare Wandel der Sozialstruktur vermag sich progressiv abzuwickeln, in dem Masse nämlich, wie die Arbeitsmöglichkeiten im nichtlandwirtschaftlichen Sektor zunehmen. Langfristig wird es die Produktivitätserhöhung einer beschränkten Anzahl von Bauern ermöglichen, eine zunehmende Zahl von Menschen anderer Berufe zu ernähren. Schliesslich lässt sich durch die Verbesserung der Anbaumethoden die Zeitspanne bis zur Verknappung der an sich ja begrenzten Rohstoffe verlängern. Durch Aufforstung und andere agrotechnische Massnahmen kann Boden gerettet werden, der sonst endgültiger Unfruchtbarkeit anheimfiele.

Es ist selbstverständlich, dass der Fortschritt nicht ausschliesslich technischer Art und quantifizierbar sein kann. Die Organisation der landwirtschaftlichen Tätigkeit durch Bildung von Produktions- und Vermarktungsgenossenschaften und durch Gewährung von Krediten geht mit der Einführung neuer Ackerbaukulturen, der Entwicklung der Viehzucht, dem Kampf gegen Krankheit von Pflanzen und Tieren, der Benützung von Dünger, der Mechanisierung der Arbeit (überhaupt jeglicher Verbesserung der Werkzeuge) und der Beherrschung des Waldes und des Wassers einher.

Alle diese Aufgaben erfordern, einmal mehr, dass die Kenntnisse, über welche die Menschen in diesem Bereich verfügen, vertieft und verbreitet werden und dass Förster, Agronomen, Veterinäre und Genetiker, aber auch landwirtschaftliche «Animateurs», Agrotechniker und Bauern herangebildet werden, die dann wiederum andere anlernen können.

Angesichts der ausserordentlichen Bedeutung dieses Sektors, aber auch in Anbetracht der Erfahrung unseres Landes in Landwirtschaft und Viehzucht, setzt der DftZ den dritten Teil seiner für bilaterale Aktionen reservierten Mittel in solchen Projekten ein².

Industrie

Weiter oben haben wir die Notwendigkeit erhöhter landwirtschaftlicher Produktion hervorgehoben. Um sie zu verwirklichen, braucht es Produkte, Werkzeuge, sogar Maschinen, Dinge, die in grossen Mengen hergestellt werden sollten.

Im vorhergehenden Abschnitt haben wir auch den Verdienst erwähnt, den die Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte abwirft. Es kann die Weiterverarbeitung von Milch und Käse sein, aber auch die Konservierung von Früchten oder Gemüsen, das Pressen von Öl, die Verwertung von Ausschussbananen in Nahrungsmittelkonzentrat für Viehfutter, die Textilbearbeitung usw. Das heisst, dass die Landwirtschaft für das Handwerk und die Industrie als Kunde und Lieferant an erster Stelle steht.

Dank der wirtschaftlichen Entwicklung werden eines Tages auch die Abhängigkeiten zwischen den verarbeitenden Wirtschaften und den auf Rohstofflieferungen beschränkten Ländern (deren Einkünfte wegen der sinkenden Weltmarktpreise ständig zurückgehen) gelockert werden können.

Die Industrialisierung stösst indessen auf zahlreiche Hindernisse:

Zuerst auf diejenigen, die dem Interesse der reichen Länder an der ihnen zusagenden internationalen Arbeitsteilung entspringen; dann auf die inneren Hemmnisse, die mit dem Feh-

² Vgl. drei Beispiele Seiten 20, 21, 27.

len qualifizierter Arbeitskräfte und ihrer schlechten Verteilung auf die Berufe zusammenhängen. Die Berufsausbildung ist bis jetzt als eine vordringliche Aufgabe betrachtet worden, eine von denen, die die Schweiz auf Anfrage und in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Entwicklungsländer erfüllen kann, umso mehr als unser Land in diesem Bereich über nennenswerte Erfahrungen³ verfügt, die man natürlich an die lokalen Bedürfnisse anpassen muss.

Heute verpflichtet das Problem der Arbeitslosigkeit – sie erfasst auch die qualifizierten Arbeiter – alle, die in der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind, sich aktiv für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für die indirekt dazu beitragenden Massnahmen (Kredite, Wirtschaftlichkeitsstudien lokaler Unternehmen, Entwicklung der Verkehrsmittel und der Energieversorgung usw.) einzusetzen. Auch der Gebrauch von angepassten Techniken (vermehrte Verwendung von menschlicher Arbeitskraft statt Kapitaleinsatz, wobei keine erhöhte Abhängigkeit wegen hochspezialisierter Ersatzteile oder Unterhaltsarbeiten die Folge sein darf) muss in Betracht gezogen und erprobt⁴ werden.

Der DftZ verwendet für diesen Sektor ungefähr einen Sechstel der Mittel, die ihm für bilaterale Projekte zur Verfügung stehen.

Dienstleistungen

Auch abgesehen vom Erbringen eigentlicher Dienste (z.B. denjenigen des Coiffeurs, des Architekten, des Forschers, des Anwalts, des Hausangestellten und des Hoteliers), ist es gerade dieser Sektor, der den inneren Zusammenhang der Gesellschaft gewährleistet; er lässt Informationen zirkulieren (Radio, Fernsehen, Presse), er verbindet die Produzenten untereinander und die Produzenten mit den Verbrauchern (Handel), er plant und koordiniert die Anstrengungen, indem er die Priori-

³ Ein Beispiel von Berufsausbildung ist auf Seite 23 erwähnt.

⁴ Siehe Seite 24. Ein Beispiel eines Projektes, das zum Ziel hat, ein afrikanisches Handwerk zu verbessern.

täten (Administration) festlegt, den Geldverkehr regelt (Bank) usw.

Der Dienstleistungssektor zieht weite Volkskreise an, die, wie wir bereits oben gezeigt haben, vom Sog der Städte erfasst werden. Auf der einen Seite sind verschiedene Arten von Dienstleistungen geeignet, den Entwicklungsländern entweder mehr Unabhängigkeit oder erhöhtes Einkommen zu verschaffen. Sie verdienen es also, durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit im gleichen Masse unterstützt zu werden wie Landwirtschaft und Industrie, nämlich durch die Berufsausbildung der in ihnen beschäftigten Personen.

Ausserdem muss man wegen der strategischen Wichtigkeit gewisser Funktionen, wie sie zum Beispiel dem Kreditwesen⁵ oder dem Handel eigen sind, besonders darauf achten, dass die in Europa gemachten Erfahrungen den heutigen Organisationen dieser Bereiche zur Verfügung gestellt werden.

Der DftZ verwendet ungefähr einen Sechstel seiner Mittel für Projekte im Dienstleistungssektor.

Die Formen der technischen Zusammenarbeit

Das Programm der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, das durch den DftZ des Eidgenössischen Politischen Departements verwaltet wird, umfasst vielfältige Aufgaben. Unter ihnen sind insbesondere die von der Schweiz direkt mit Ländern der Dritten Welt abgewickelte (sogenannte bilaterale) technische Zusammenarbeit und die durch Vermittlung von internationalen Organisationen erbrachte (sogenannte multilaterale) technische Zusammenarbeit hervorzuheben. Verschiedene internationale Organisationen beteiligen sich nämlich ihrerseits seit längerer Zeit an der Entwicklungszusammenarbeit.

Auf bilateraler Ebene verwirklicht der DftZ seine eigenen Projekte oder finanziert solche, die von ungefähr hundert privaten Institutionen konfessioneller und nichtkonfessioneller Prägung durchgeführt werden. Es sind dies Organisationen, die sich seit langem in der Entwicklungszusammenarbeit engagiert ha-

⁵ Siehe Seite 26; Ein Projektbeispiel für Kredit.

ben. Sie verfügen oft über eine wertvolle Erfahrung und über kompetente Mitarbeiter, bedürfen aber manchmal zusätzlicher Unterstützung, um ihre Kapazitäten voll auszunützen zu können. Ihre Tätigkeiten erstrecken sich vor allem auf die Gebiete der Erziehung, des Handwerks, der sozialen und gesundheitlichen Dienste.

Die Projekte, für die der DftZ allein verantwortlich ist, und die er voll finanziert, haben entweder die Form von einfachen Projekten – Einsatz von Entwicklungshelfern oder Gewährung von Stipendien zur Ausbildung – oder sie haben die Form von kombinierten Projekten, in denen verschiedene Mittel eingesetzt werden: Personal, Ausrüstung, Vieh, Stipendien im Land selbst oder im Ausland usw.

Bei einer seit kurzem bestehenden Projektart werden technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe gekoppelt, damit die Vermittlung von Kenntnissen die Wirksamkeit des finanziellen Einsatzes erhöhe oder umgekehrt der finanzielle Einsatz die praktische Anwendung des vermittelten Wissens erleichtere.

Die Projekte, welche Form sie auch annehmen mögen, werden nach Kriterien ausgesucht, die es erlauben sollen, ihre Dringlichkeit, die Möglichkeit ihrer Eingliederung in den Entwicklungsplan des Empfängerlandes, ihren Arbeitsbeschaffungseffekt und ihren Beitrag an eine gerechtere Verteilung der Güter abzuschätzen.

Auf multilateraler Ebene beteiligt sich die Schweiz an der Finanzierung von Programmen internationaler Entwicklungsorganisationen. Sie tut dies vor allem als Mitglied dieser Organisationen, aber auch weil eine aktive Zusammenarbeit mit ihnen für die Verwirklichung des schweizerischen Programms der bilateralen technischen Zusammenarbeit nützlich ist. Die genannten Organisationen verfügen über die personellen und finanziellen Voraussetzungen zur Inangriffnahme von Projekten, die die materiellen Möglichkeiten eines Landes wie der Schweiz bei weitem übersteigen. Die Durchführung solch grosser Projekte erlaubt es, viele nützliche Erfahrungen und Informationen zu sammeln. Ausserdem führen die internationalen Organisationen Vertreter von industrialisierten Ländern und solche von Entwicklungsländern zusammen. Sie sind aber

nicht nurein Ort von manchmal zeitraubenden Auseinandersetzungen, sondern auch – und gerade dadurch – ein Ort der gegenseitigen Erziehung und der Annäherung der Standpunkte. Schliesslich werden durch Beiträge an die Programme dieser Organisationen indirekt auch Entwicklungsländer unterstützt, die – aus Gründen der Schwerpunktbildung und folglich der Wirksamkeit – nicht in den Genuss schweizerischer Leistungen der bilateralen technischen Zusammenarbeit kommen.

Abgesehen von den Programmbeiträgen, finanziert die Schweiz teilweise spezifische Projekte internationaler Organisationen. Diese Projekte werden z. B. deshalb unterstützt, weil sie Probleme zu lösen versuchen, denen der DftZ in seiner bilateralen Tätigkeit ebenfalls begegnet, oder weil er davon ausgeht, dass er dank eigenen Erfahrungen auf dem in Frage stehenden Gebiet der betreffenden Organisation nützlich sein kann.

Wie man sieht, ist die technische Zusammenarbeit eine Form von Entwicklungsbeitrag, bei der verschiedenste Mittel zum Einsatz gelangen. Ihr Erfolg hängt weitgehend von den Leuten ab, die dabei mitwirken. Deshalb muss der Ausbildung des Personals, das in der Entwicklungszusammenarbeit tätig ist, grosse Beachtung geschenkt werden. Diese Ausbildung soll einerseits auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Dritten Welt vorbereiten und andererseits auf die Probleme aufmerksam machen, die sich durch die Anwendung von den in industrialisierten Ländern erarbeiteten Kenntnissen und Techniken stellen; der Entwicklungshelfer muss lernen, nicht einfach übernommene Modelle und Praktiken zu vermitteln, sondern sie den Bedingungen und den Bedürfnissen seines Einsatzlandes anzupassen.

Der komplexe Charakter und der fortschreitende, rasche Wandel der Entwicklungsprobleme erfordern ausserdem eine unablässige Forschung, wenn man die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessern will. Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die darauf ausgerichtet ist, die Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern besser zu analysieren und die Projektarten zu vervollkommen, gehört ebenfalls zu den Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit.

Alle diese Aufgaben verlangen den Einsatz und die Kombination ausserordentlich ver-

schiedener Mittel und Fähigkeiten. Deshalb ist es wichtig, dass alle Institutionen, öffentliche und private, sowie Personen, die sich in der einen oder anderen Art für Entwicklungszusammenarbeit interessieren, eng zusammenwirken. Nur so können die menschlichen und materiellen Mittel unseres Landes wirksam eingesetzt werden.

2. Finanzhilfe und Massnahmen zur Förderung von Privatinvestitionen

Wirtschaftliches Wachstum setzt stets die Mobilisierung der vorhandenen Kräfte zur Vergrösserung der Produktionskapazität voraus. Dies hat in Form von menschlichen und materiellen Investitionen zu geschehen. Den Entwicklungsländern stellt sich da eine gigantische Aufgabe. In den meisten von ihnen erfordert das Ungenügen des oft erst in Ansätzen vorhandenen Produktions- und Verteilungsapparates aller Wirtschaftssektoren eine beträchtliche Investitionsanstrengung, will man auf lange Frist der Mehrheit der Bevölkerung zu einem menschenwürdigen Dasein verhelten. Es gilt, die Voraussetzungen für das Wachstum der Landwirtschaft und der Industrie zu schaffen, etwa durch den Bau von Verbindungswegen oder durch die Entwicklung der Energieproduktion und -verteilung. Es gilt ferner, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und zu diversifizieren, indem unbebautes Land urbar gemacht, gegen die Erosion angegangen und anbaufähiges Randgebiet bewässert wird. Auch im Industriesektor sind Wachstum und Diversifikation unerlässlich, damit die landeseigenen Ressourcen besser ausgenützt werden können. Dadurch wiederum verringert sich die Abhängigkeit von gewissen Importen, und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Zur Bewältigung dieser vielfältigen Aufgaben braucht es nicht nur Kapital, sondern auch Menschen; Menschen, die in Berufsschulen, Universitäten und Forschungsinstitutionen ausgebildet werden müssen.

Zunächst ist einmal auf die ungeheuren Anstrengungen hinzuweisen, die die Entwicklungsländer selbst unternommen haben, um dieser Herausforderung zu begegnen. Man schätzt, dass im Laufe der sechziger Jahre 85 % der Investitionen durch eigene Ersparnisse finanziert worden sind. Wenn wir an das niedrige Durchschnittseinkommen dieser Länder denken sowie an die Tatsache, dass im genannten Zeitabschnitt die interne Bruttoproduktion durchschnittlich um 5 % jährlich wuchs, dann kann uns ein so hoher Selbstfinanzierungsgrad nicht mehr im Zweifel über das Ziel dieser Länder belassen: Sie wollen ihre prekäre Lage überwinden und sind hierfür zu grossen Opfern bereit.

Unter diesen Umständen ist und bleibt die Rolle der industrialisierten Länder in der Entwicklungsfinanzierung von grundlegender Bedeutung. Allgemein gesehen ergänzt ihr von aussen hinzukommender Beitrag mengenmässig die innere Kapitalbildung und vermehrt dabei die Investitionsmöglichkeiten und gleichzeitig auch die Zuwachsrate der Gesamtproduktion.

Dieser Beitrag von aussen gestattet vor allem die Einfuhrfinanzierung. Das ist insofern bedeutsam, als zahlreiche industrielle, landwirtschaftliche oder infrastrukturelle Investitionen den Ankauf von Ausrüstungsgegenständen erfordern, die in der Regel eingeführt werden müssen. Nun ist aber die Einfuhrkapazität der betreffenden Länder im Hinblick auf die genannten Güter oft dadurch beschränkt, dass ihre Deviseneinkünfte weitgehend für die Beschaffung von lebensnotwendigen Gütern (Nahrungsmitteln) und auch für den Dienst an der immer drückender werdenden Aussenverschuldung aufgezehrt werden.

Schliesslich können diese Geldzuflüsse ein wichtiges Mittel für die Übertragung von Wissen und Technologien auf die Entwicklungsländer sein, und zwar namentlich dann, wenn Unternehmungen aus industrialisierten Ländern direkt in Entwicklungsländern investieren.

Formen

Die Teilnahme an der Entwicklungsfinanzierung von aussen geschieht in vielerlei Formen,

von denen man zwei Hauptkategorien unterscheidet:

– Geldzuflüsse aus privaten Quellen, wie Exportkredite, Direktinvestitionen und Anleihenemissionen;

– Geldzuflüsse aus öffentlichen Quellen oder Finanzhilfe, bestehend z.B. aus Geschenken, Krediten zu Vorzugsbedingungen, Beteiligungen am Kapital von nationalen oder internationalen Instituten der Entwicklungsfinanzierung.

Diese beiden Kategorien von Beitragsformen ergänzen sich gegenseitig. Die Zuflüsse aus privaten Quellen, welche zu den Bedingungen des Kapitalmarktes vergütet werden (in der Form von Zinsen oder Dividenden), nehmen Richtung auf solche Investitionsprojekte, die kurz- oder mittelfristig eine den Kapitalkosten entsprechende finanzielle Rentabilität aufweisen; die Beiträge öffentlicher Herkunft andererseits, die ja zu Vorzugsbedingungen erfolgen (also langfristige Kredite zu niedrigem oder gar keinem Zins), eignen sich in den Entwicklungsländern besonders zur Finanzierung von Investitionen mit schwacher oder nicht sogleich einsetzender Rentabilität.

Es ist ebenfalls zu beachten, dass privates Kapital fast ausschliesslich jenen Ländern zufließt, in denen private Investitionen angesichts des vorhandenen Marktes gerechtfertigt sind, oder jenen Ländern, die über Bodenschätze verfügen. Ein grosser Teil von afrikanischen und asiatischen Ländern geht dabei praktisch leer aus. Die öffentlichen Finanzzuflüsse, oder die Finanzhilfe, dienen also auch zur Ergänzung der schwachen privaten Kapitalströme in die am meisten benachteiligten Länder der internationalen Gemeinschaft. Dies ist insofern natürlich, als die Finanzhilfe, im Gegensatz zu den privaten Kapitalströmen, in erster Linie die Entwicklung von Ländern der Dritten Welt bezweckt.

Der Beitrag der Schweiz

In welchem Mass und in welchen Formen trägt die Schweiz zur Entwicklungsfinanzierung bei? 1972 z.B. haben die privaten und öffentlichen Geldzuflüsse von unserem Land in Entwicklungsländer um 670 Millionen Franken zugenommen. Diese Bewegung ist durch ein star-

kes Übergewicht der privaten Zuflüsse gekennzeichnet. Dies ist ebenso sehr auf die lange Tradition der Weltoffenheit unserer Wirtschaft zurückzuführen wie auf die wirtschaftliche und politische Struktur der Schweiz. Die privaten Geldströme fliessen im wesentlichen an verarbeitende Industrien und können auf diese Weise zur Diversifikation der wirtschaftlichen Tätigkeit des Investitionslandes beitragen. Man hat die Zahl der dadurch geschaffenen Arbeitsplätze auf 100000 geschätzt. Wie andere Industrieländer unterstützt und fördert auch die Schweiz die privaten Geldströme in Entwicklungsländer, welche ausländisches Kapital anziehen möchten. Eine erste Massnahme in diesem Sinn ist der Abschluss von Investitionsschutzabkommen durch die Schweiz mit Entwicklungsländern. Bis heute hat unser Land ihrer 25 unterzeichnet. Eine weitere Massnahme war der Erlass eines Bundesgesetzes im Jahr 1970, nach welchem eine Garantie für nichtkommerzielle Investitionsrisiken gewährt werden kann, falls die entsprechenden Investitionen der Wirtschaft der Entwicklungsländer förderlich sind. Und schliesslich unterstützt die Schweiz die Emission von Anleihen internationaler Entwicklungsbanken, wie der Weltbank, auf dem schweizerischen Kapitalmarkt.

Für die Schweiz stellen die im Namen der Finanzhilfe ergangenen öffentlichen Kapitalzuflüsse im Durchschnitt nur etwa den fünften Teil des gesamten Geldstroms in die Entwicklungsländer dar. In Anbetracht der wichtigen Rolle dieser Beitragsform im Entwicklungsprozess ist das wenig. Tatsächlich kommt ja eine Finanzierung der Infrastrukturarbeiten, der Schulen und Spitäler, soweit sie nicht von den Entwicklungsländern selbst übernommen werden kann, auch nicht durch privates Geld zu handelsüblichen Bedingungen in Frage. Die nach Maßstäben des Finanzwesens schwache Rentabilität würde es den Entwicklungsländern schwerlich erlauben, die durch solche Projekte geschaffene Schuldenlast zu tragen. Darüber hinaus gibt es im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor eine Reihe von Projekten, die an sich für die Entwicklung einer Region vielversprechend sind, deren kurzfristige Rentabilität aber zu schwach oder zu unsicher ist, als dass inländische oder gar private ausländische Investoren daran interessiert

wären. Dank ihrer Natur vermag die öffentliche Hilfe solche Projekte zu fördern und auf diese Art lokalen Investoren den Weg zu weisen. Sie spielt dabei gleichsam die Rolle eines Katalysators.

Die Formen der von der Schweiz gewährten Finanzhilfe sind vielfältig. Diese Hilfe kann entweder genau bezeichneten Projekten zugute kommen, die nicht vollständig aus lokalen Quellen finanzierbar sind, oder sie kann die Form von Beiträgen an nationale oder internationale Institutionen der Entwicklungsfinanzierung annehmen, die auf diesem Gebiet über eine grosse Erfahrung verfügen und die ihre aus verschiedensten Quellen vereinigten Mittel äusserst wirksam in diversen Entwicklungsprogrammen oder -projekten einzusetzen vermögen.

Die multilateralen Institutionen der Entwicklungsfinanzierung – am besten bekannt und am bedeutendsten ist die Weltbank – sind dank dem grossen Volumen ihrer Tätigkeit in der Lage, die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der Entwicklungsländer sowohl gesamthaft als auch auf der Ebene der einzelnen Sektoren (Meldewesen, Transportwesen, Energiewesen, Landwirtschaft, Industrie, Erziehung) gründlich zu untersuchen. Die Untersuchungsergebnisse erlauben es ihnen, allen Entwicklungsländern eine qualitativ hochstehende und den jeweiligen Bedürfnissen angepasste Finanzhilfe zu erbringen. Dies wiederum gestattet es der Schweiz, mittels ihrer Geldbeiträge an die genannten Institutionen auf wirksame Weise an den Entwicklungsanstrengungen einer grossen Zahl von Ländern teilzunehmen, was ihr durch bilaterale Zuwendungen allein nicht möglich wäre.

Es gibt noch eine Form der Entwicklungszusammenarbeit, die in ihren Auswirkungen der Finanzhilfe nahekommt: die Nahrungsmittelhilfe. Anfänglich wurde diese Form ausschliesslich im Rahmen der humanitären Hilfe verwendet, im Fall plötzlicher Katastrophen also, oder zur Linderung bei lange dauernden Notsituationen. Heute dient sie ebenfalls in der Entwicklungszusammenarbeit, wo es um die dauerhafte Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen geht. Sie kann auf zwei Arten zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten eingesetzt werden: entweder direkt, wobei die Nahrungsmittel einen Teil

der Löhne darstellen, die an Einwohner der Entwicklungsländer für ihre Arbeiten in Bauvorhaben der Infrastruktur ausbezahlt werden; oder indirekt, indem die Nahrungsmittel den Entwicklungsländern zum Verkauf auf dem einheimischen Markt zu Verfügung gestellt werden, damit der Verkaufserlös für die Durchführung bestimmter Entwicklungsvorhaben verwendet werde.

3. Handelspolitische Massnahmen

1971 betrug die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe rund 10 Milliarden Dollar. Im gleichen Jahr beliefen sich die Ausfuhren der Entwicklungsländer auf ungefähr 40 Milliarden Dollar, nicht gerechnet die Erdölprodukte, die ihrerseits etwa zusätzliche 20 Milliarden Dollar ausmachten.

Diese Zahlen beleuchten ganz deutlich die Rolle, welche die Ausfuhren der Entwicklungsländer für deren Wirtschaft spielen. Die Exporterlöse stellen die vorteilhafteste Devisenquelle für die langfristige Finanzierung der Entwicklung dar; sie erlauben es den betroffenen Ländern auch, ihrem Schuldendienst nachzukommen, dessen Last immer drückender wird. Darüber hinaus fördern die Exportaktivitäten die Entstehung von Produktionszweigen, die sich nicht entwickeln könnten, wenn sie sich lediglich auf die Inlandnachfrage stützen müssten. Damit wird die Diversifikation der Produktion erleichtert. Das Kräfteverhältnis, welches die Regeln und Grundsätze des internationalen Handels bestimmt, hat sich seit der Ausrufung der Unabhängigkeit einer grossen Anzahl von Ländern verändert. Die Weltwirtschaft ist zu einem ausgesprochen dichten Gewebe von gegenseitigen Abhängigkeiten und Austausch geworden, und der Handelsverkehr stellt heute mehr denn je eine gewichtige Komponente im Wirtschaftsleben der meisten Völker dar.

Aus allen diesen Gründen – und zum langfristigen Vorteil aller Glieder der internationalen Gemeinschaft – muss der Zugang der von den Entwicklungsländern erzeugten Güter und

Dienstleistungen zum Weltmarkt erleichtert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Industrieländer zugunsten der Entwicklungsländer gewisse handelspolitische Massnahmen ergreifen. Die wichtigsten sind tariflicher Art (Herabsetzung der Zölle) oder beinhalten eine Reorganisation der Rohstoffmärkte (Abkommen nach Einzelprodukten) und Schritte zur Handelsförderung.

Tarifliche Massnahmen

Auf tariflichem Gebiet ist das wichtigste Instrument das allgemeine System von Zollpräferenzen. Die im GATT anlässlich der Kennedyrunde ausgehandelten Zollsenkungen begünstigten, in der Art, wie sie vorgenommen wurden, und in der Zielsetzung die entwickelten Länder. In der Folge machte sich das Bedürfnis nach einem System bemerkbar, das den Ausfuhren der Entwicklungsländer zusätzliche Zugangsmöglichkeiten zu den Märkten der Industrieländer eröffnen sollte. Das allgemeine System der Präferenzen gründet – für die Anfangszeit von 10 Jahren – auf der Gewährung von tariflichen Präferenzen, genauer gesagt auf Konzessionen, die ohne Gegenseitigkeit und Diskriminierung von allen Industrieländern allen Entwicklungsländern gewährt werden. Das von der Schweiz gewählte System wurde am 1. März 1972 eingeführt. Es sieht ab 1974 – am Ende einer ersten Übergangsphase – die vollständige Abschaffung der Zölle auf aus Entwicklungsländern stammenden Industrieprodukten vor, wobei einige Ausnahmen die Regel bestätigen sollen. Was die Fischerei- und Landwirtschaftsprodukte anbelangt, von denen bloss einige wenige ins schweizerische Präferenzsystem einbezogen wurden, wird das Ausmass der Zollsenkungen für die zweite Phase von Fall zu Fall studiert und festgelegt werden.

Die Kosten dieser Massnahmen, ausgedrückt in Einbussen an Zolleinnahmen, werden sich jährlich auf etwa 26 Millionen Franken belaufen. Zu Vergleichszwecken weisen wir darauf hin, dass die Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ab 1978 zu Einbussen in der Grössenordnung von einer Milliarde Franken jährlich führen werden. (Natürlich ist in diesem

letzteren Fall das gegenseitige Interesse un-mittelbarer ersichtlich; ebenso die Tatsache, dass die Gegenleistungen in einem vertretbaren Verhältnis zuden finanziellen Opfern stehen.)

Rohstoffabkommen

Die Rohstoffabkommen bezwecken eine Regulierung der internationalen Märkte einiger Produkte durch Stabilisierung der Preise auf kostendeckendem Niveau, um die Produzenten vor den häufig ganz beträchtlichen Schwankungen der Weltmarktpreise ihrer Erzeugnisse zu schützen. Die Rohstoffe stellen in vielen Fällen die wichtigsten Einkommensquellen der exportierenden Entwicklungsländer dar; darüber hinaus hängt die Wirtschaft gewisser Länder weitgehend von der Vermarktung eines einzigen Grundprodukts ab (etwa Kakao in Ghana, Zucker in Kuba, Kaffee in Kolumbien). Bis jetzt existieren Abkommen über den Weizen (der die Entwicklungsländer in geringem Ausmass betrifft), den Kaffee, den Zucker, den Zimt, das Olivenöl und den Kakao; es ist vorgesehen, diese Liste zu erweitern. Die Schweiz befürwortet den Abschluss solcher Abkommen und hat bis anhin diejenigen über den Weizen und den Kaffee unterzeichnet und ist kürzlich dem Kakaoabkommen beigetreten.

Handelsförderung

Auf dem Gebiet der Handelsförderung unterstützt die Schweiz die Bemühungen der Entwicklungsländer um Ausweitung ihrer Verkäufe vor allem durch Expertenmissionen, Fortbildungskurse für Staatsangehörige von Ländern der Dritten Welt oder durch Finanzierung von Marktstudien über bestimmte Produkte.

* * *

Abschliessend muss unterstrichen werden, dass die Gesamtheit dieser Entwicklungsarbeit in einer in Bewegung geratenen Welt stattfindet und dass sie selbst einen Beitrag zu diesem Wandel bezweckt. Die Strukturen und Formen der Entwicklungszusammenarbeit werden sich

deshalb im Verlauf der nächsten Jahrzehnte mit Sicherheit auch verändern, und die Gewichtung der heute verwendeten Mittel wird gleichfalls nicht dieselbe bleiben. Mängel des gegenwärtigen «Approach» werden sich herausstellen. Man wird sie beheben müssen, indem man neue Formen einführt. Dabei wird immer die Herausforderung zu berücksichtigen sein, die darin besteht, unsere Tätigkeit den Bedürfnissen der Partner (sowie ihrer Art, darauf zu reagieren) und den Kanälen, die sie zur Lenkung der von uns zur Verfügung gestellten Finanzen und Techniken wählen, anzupassen.

All das kann nur bewältigt werden, wenn sich die öffentliche Meinung unseres Landes über die Notwendigkeit dieser Aufgabe im klaren ist. Deshalb muss vermehrt informiert werden, und zwar nicht allein über die Probleme der Dritten Welt, sondern auch über die laufenden Aktionen, ihre Schwierigkeiten und ihre Erfolge. Die Zustimmung des Schweizervolkes zum Konzept der Entwicklungszusammenarbeit, die einen wichtigen Bestandteil unserer Aussenpolitik darstellt, ist notwendig, um das durch die Zusammenarbeit bereits erweckte Vertrauen unserer Partner zu festigen.

Sieben Beispiele technischer Zusammenarbeit

Norddahome: Funktionelle Alphabetisierung in ländlicher Gegend

Alphabetisierung? Dieses Wort erweckt zunächst das Bild einer Gruppe von Erwachsenen, die unter dem Beratungsbaume sitzen und unablässig damit beschäftigt sind, hinter die Geheimnisse des Lesens zu kommen, wobei sie die ersten Versuche machen, den Bleistift zu handhaben. All das erscheint recht einfach in den Augen desjenigen, der sich nie in dieser Alphabetisierung betätigt hat.

Geläufige Arbeit für Lehrer oder Leute, die zu unterrichten verstehen? Nein. Die in aller Welt gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die auf solche Weise praktizierte Alphabetisierung fast immer zum Misserfolg verurteilt ist. Weshalb?

Um wirksam zu sein, muss sich die Alphabetisierung in einen grösseren Zusammenhang einfügen; das heisst, sie darf nicht Selbstzweck sein, sondern muss sich in den Dienst eines anderen Entwicklungsunternehmens stellen. Sie muss der Umwelt angepasst sein und deren Bedürfnissen und Wünschen entsprechen. Sie muss begründet sein.

Nehmen wir als Beispiel das Vorhaben der funktionellen umweltbezogenen Alphabetisierung der schweizerischen technischen Zusammenarbeit in Norddahome. Da ist zunächst der Ort, wo das Unternehmen vor sich geht: der Borgou oder das Nordostdepartement.

Ehemals ein Lehen der stolzen Bariba-Herren, ein Land der Hinterhalte, der Raubzüge und Kriege, ist der Borgou heute ein Land friedlicher Ackerbauern geworden. Die feudalen Würdenträger haben sich damit abgefunden, selber zur Hacke zu greifen, um für ihren Le-

bensunterhalt zu sorgen, genauso wie es die Nichtadeligen und Sklaven seit je taten. Nur die Gesänge der Barden und gelegentliche Reiter Spiele zeugen von der ruhmvollen Vergangenheit. Als weites, bewaldetes Savannengebiet, das fast so gross wie die Schweiz ist, bietet der Borgou seiner Bevölkerung mehr anbaufähige Flächen als sie benötigt. Zwar ist jener Boden nicht eben ertragreich; doch ermöglicht er den Anbau von Jamswurzel, Mohrenhirse (Sorghum), Mais und Reis zur Befriedigung der elementaren Bedürfnisse und von Baumwolle zur Erfüllung der durch die Zivilisation geweckten Wünsche nach Fahrrad, Moped, Transistor...

Dank den Bemühungen der einheimischen landwirtschaftlichen Berater haben die Landwirte des Borgou sich neue Arbeitsweisen angeeignet und dadurch ihre Erträge erhöht. Sie verkaufen jedes Jahr ihre Baumwolle oder andere Erzeugnisse. Aber an den Markttagen kehren sie nach Hause zurück mit einem Geldbetrag, von dem sie überzeugt sind, dass er nicht dem Wert der von ihnen gelieferten Erzeugnisse entspreche, weil sie weder lesen noch schreiben können und das Französische nicht verstehen.

Sie sind verbittert und entmutigt, weil sie glauben, sie seien ausserstande, das Wägen und das Berechnen von Gewicht und Preis der von ihnen verkauften Ware zu lernen, und sie seien deshalb für immer den sie ausbeutenden Händlern ausgeliefert.

Damit zeichnet sich auch schon die Aufgabe der funktionellen Alphabetisierung ab: Es gilt, diesen Bauern das ihnen fehlende Wissen beizubringen. Aber bevor sie überhaupt unterrichtet werden können, müssen neue Einrichtungen geschaffen werden, die es ihnen dann ermöglichen sollen, das Gelernte anzuwenden und so ihre Interessen erfolgreich wahrzunehmen.

Die Regierung Dahomes hat dies begriffen. Seit einigen Jahren ist sie daran, die Bauern zu Vereinigungen zusammenzuschliessen, welche

der Vorbereitung eigentlicher Genossenschaften dienen. Dadurch soll es ihnen möglich werden, selber ihre Erzeugnisse abzusetzen, den Agrarkredit zu organisieren, ihre Geldmittel zu verwalten und die gemeinschaftlichen Einkünfte auf Gemeindeebene zu investieren.

Wenn nun also die Alphabetisierung auf einem andern Entwicklungsunternehmen beruhen soll – in diesem Falle auf der Schaffung von Vorgenossenschaften –, so bedeutet dies keineswegs, dass sie ein zweitrangiges Unternehmen minderer Bedeutung sei; ganz im Gegenteil: hängt doch von ihr zum grossen Teil die Einbürgerung der Genossenschaftsbewegung im Departement ab.

Es wäre völlig falsch, von einer umweltbezogenen Alphabetisierung absehen zu wollen, indem man die Führung dieser vorgenosenschaftlichen Zusammenschlüsse einigen der wenigen verfügbaren Gebildeten anvertrauen würde. In einer ganzen Reihe von afrikanischen Ländern ist die Genossenschaftsbewegung gescheitert, weil die auf französisch ausgedachte und schlecht angepasste genossenschaftliche Ausbildung es nur einigen Bevorzugten erlaubte, die Geschäfte an die Hand zu nehmen. Das musste früher oder später zur Gleichgültigkeit, ja zum Misstrauen der übrigen, nichtalphabetisierten Bauern führen. Ungeschulten Bauern innerhalb tunlicher Fristen beizubringen, wie man wägt, Gewichte und Preise berechnet, Gelder verwaltet, den Kredit organisiert, Versammlungen abhält, kurz, sie in alle Aufgaben einzuweihe, welche das genossenschaftliche Leben mit sich bringt – all das hat sich die funktionelle Alphabetisierung im Borgou zum Ziel gesetzt. Ist das nicht um etliches schwieriger, als ein Schulbuch zur Hand zu nehmen und das ABC zu lehren?

Um ein solches Programm der funktionellen Alphabetisierung auszuarbeiten, ist es unerlässlich, die kleine Welt, an die man sich wendet, gründlich zu kennen: ihre Sprache, ihre Überlieferungen, ihre Einstellung und Gesinnung, ihre Neigungen, ihre Möglichkeiten und Grenzen.

Wie geht man nun im Borgou daran, der Bevölkerung die genossenschaftlichen Grundsätze nahezubringen? Man wendet sich zunächst an die Besinger des geschichtlichen Erbes, die Barden. Mit ihrer Hilfe wird der Bevölkerung beigebracht, mit Geld und Gewichten

zu rechnen, wobei man als Hilfsmittel Sinnbilder erfindet, charakteristische Einheiten als Zeichnungen darstellt, mit «falschen» Banknoten arbeitet und am Zählrahmen verschiedenfarbige Schraubenmuttern addiert. Die Kassembücher und Kreditkarten werden mit Zeichnungen geschmückt; die Protokolle stellen die ersten Übungen im Schreiben dar, natürlich in einheimischer Sprache.

Bei solch schrittweisem Vorwärtsgen mit einfachen, anschaulichen Methoden lernen die Bauern das Zählen, Rechnen, Lesen und Schreiben fast unmerklich. Sie werden dabei zu richtigen Mitarbeitern, die zu wägen und ihre Gelder zu verwalten verstehen.

Man könnte sich vorstellen, dass dieser Unterricht schwierig, langwierig und von vielen Fehlschlägen begleitet sei. Dies ist nicht der Fall. In über 45 Dörfern des Borgou haben bereits Kurse für funktionelle Alphabetisierung stattgefunden. In 12 von ihnen wurde das vollständige Programm absolviert. Die Teilnehmer dieser Kurse, die vom Willen zum Gelingen beseelt waren, haben alle in sie gesetzten Hoffnungen übertroffen. In gewissen Dörfern nahm die Lehre für Verkauf und Absatzpflege weniger als sieben Abende in Anspruch, und man eignete sich dort das Lesen in weniger als 30 Sitzungen an. Es ist praktisch kein Fall von Aufgaben oder Misserfolg verzeichnet worden. Die Nachricht von diesen Erfolgen verbreitete sich schnell über das Land. Das Departement Mono hat bereits das Programm seinen Bedürfnissen angepasst; Studenten, Gymnasiasten und Lehrer haben ihre Ferien geopfert, damit «ihr» Dorf aus den gleichen Kursen Nutzen ziehe. Die Regierung spricht von der Schaffung eines nationalen Alphabetisierungsdienstes...

Das Vorhaben hatte gegen Ende 1971 seinen sehr bescheidenen Anfang genommen: mit einem Sachverständigen der technischen Zusammenarbeit, dem später ein Entwicklungshelfer des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes (SAHW) zur Seite stand; mit einem Wagen, einigen Bildern auf Filzunterlagen, Kassettenaufnahme geräten und viel Papier. Heute ist das Projekt in vollem Gange, sind die Programme aufeinander abgestimmt und die letzten Zweifler überzeugt. Man kann zuversichtlich die Erweiterung des Einsatzgebietes ins Auge fassen.

Bleibt die Nachalphabetisierung, d. h. die Phase, in welcher der Bauer, der seine Alphabetisierungskurse beendet hat, sich selbst überlassen ist und versucht, mit Hilfe einer Zeitung, von Broschüren, Korrespondenz und praktischen Arbeiten in der Genossenschaft nicht nur seine Kenntnisse zu behalten und zu vervollkommen, sondern auch jene Kameraden, welche die Kurse nicht besucht haben, daraus Nutzen ziehen zu lassen.

Dies ist die Phase, wo die Alphabetisierung im Dienste der genossenschaftlichen Ausbildung ihr Ziel erreicht und sich zugleich den andern Bereichen zuwendet: der Information, der Gesundheit, der Hygiene, der Kinderpflege und -erziehung, der Unterhaltung usw.

Dieser Abschnitt kann sehr schwierig sein, wenn der Bauer bei den Kadern und Beamten kein Echo findet.

Nun hat glücklicherweise die gegenwärtige Regierung Dahomes gezeigt, dass sie fest entschlossen ist, nicht nur die Entwicklung der ländlichen Klassen mit allen verfügbaren Mitteln zu fördern, sondern auch den überlieferten kulturellen Werten – also auch den einheimischen Sprachen – wieder Geltung zu verschaffen.

Indien: Viehzucht- und Landwirtschaftsprojekte

Im nächsten Frühjahr beginnt für Indien der fünfte Fünfjahresplan. Mit immer neuen Anstrengungen sucht der Subkontinent die zahlreichen und riesigen Aufgaben zu bewältigen, die sich einem Entwicklungsland mit mehr als 500 Millionen Einwohnern stellen. Alljährlich wendet Indien für seine verschiedenen Entwicklungsprogramme Milliardenbeträge auf, die zum grossen Teil aus eigenen Quellen stammen. Je nach den wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten haben sich im Laufe der Jahre die Schwerpunkte der Anstrengungen verschoben. Der nächste Fünfjahresplan verleiht erneut der landwirtschaftlichen Entwicklung besonderes Gewicht und setzt ihr ein doppeltes Ziel. Einerseits gilt es nach wie vor, dem Land die unbedingt notwendige Ernährungsgrund-

lage zu sichern; zunehmende Bedeutung kommt dabei der Eiweisserzeugung zu. Andererseits wird es vorläufig einzig der Landwirtschaft möglich sein, das ständig wachsende Angebot an Arbeitskräften aufzunehmen. Die Entwicklung der indischen Landwirtschaft muss daher zwei Ziele verfolgen: Nahrungsmittelerzeugung und Arbeitsbeschaffung für einen möglichst grossen Teil der Bevölkerung. Im Laufe der letzten Jahre sind bereits beachtliche Erfolge erzielt worden. Besonders die Nordstaaten der Union sind stolz auf ihre «grüne Revolution». Verbesserte Weizensorten und intensivere Anbaumethoden haben zu einer wesentlichen Steigerung der Getreideerträge geführt. Die neuen Errungenschaften setzen jedoch eine gewisse Grösse der Betriebe voraus und bergen die Gefahr der verminderten Einsatzmöglichkeit von Arbeitskräften infolge der Mechanisierung in sich. Die überwältigende Mehrheit der Klein- und Kleinstbauern bleibt deshalb von diesem Fortschritt weitgehend ausgeschlossen.

Bessere Möglichkeiten, einen grossen Teil der Bevölkerung an der Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens teilhaben zu lassen, bietet die Viehwirtschaft. Milch ist zudem am besten geeignet, den Bedarf an hochwertigem Nahrungseiweiss zu decken. Der Rindviehbestand Indiens wird auf nahezu 200 Millionen Stück geschätzt; er stellt ein gewaltiges, bis jetzt freilich schlecht genutztes Produktionspotential dar. Die Gründe für die sehr geringe Milchleistung der vorwiegend als Zugtier verwendeten indischen Kuh sind nicht nur in den züchterisch kaum entwickelten Leistungsanlagen, sondern ebenso sehr in der ungenügenden Fütterung zu suchen. Nach zunächst umstrittenen und manchmal wenig zielbewussten Versuchen hat das indische Landwirtschaftsministerium im Laufe der sechziger Jahre eine Tierzuchtspolitik entwickelt, welche auf die züchterische Verbesserung der einheimischen Bestände durch Einkreuzung ausländischer Leistungsrassen ausgerichtet ist. Das schweizerische Braunvieh ist auch unter den für solche Programme offiziell vorgesehenen «exotischen» Rassen.

Im Rahmen der indisch-schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich die Schweiz seit zehn Jahren an der Verbesserung der indischen Viehwirtschaft. Man begann

1963 mit dem Aufbau eines Zucht- und Versuchsbetriebs im Hügelland des Südstaates Kerala. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen staatlichen Institutionen ist dort die Basis für das Entstehen und die Verbreitung einer neuen Viehrasse gelegt worden, welche dank ihrem indischen Blutanteil den natürlichen Bedingungen des Landes ausgezeichnet angepasst ist und deren schweizerische Abstammung eine Verdoppelung oder Verdreifachung der bisherigen Milchleistungen ermöglicht. Parallel zur Entwicklung der Rasse läuft ein breit angelegtes Futterbauprogramm, das nicht nur eine intensivere Ausnützung bereits vorhandener Futtergrundlagen (Weideland) anstrebt, sondern auch die Einführung neuer Futterpflanzen und besserer Anbaumethoden umfasst. Die ermutigenden Erfolge der vergangenen Jahre führten im Sommer 1973 zu einer Ausdehnung des indisch-schweizerischen Programms auf die vier südlichen Distrikte Keralas mit einem Kuhbestand von rund 500 000 Tieren. Die Zahl der damit erfassten Rindviehbesitzer dürfte etwa bei 300 000 liegen.

Ein ähnliches Projekt konnte 1971 im nordindischen Gliedstaat Pandschab aufgenommen werden. Neben dem auch dort inzwischen begonnenen Kreuzungszuchtprogramm wird auf der ehemaligen Maharadschafarm von Patiala ein reiner Braunviehbestand aufgebaut, welcher der Einführung des Braunviehs in andern Teilen des Landes dienen soll. Die beiden Zuchtviehimporte aus der Schweiz (1971 und 1972) sind bereits zu einer Herde von 200 Tieren angewachsen.

Eine optimale Ausnützung der wertvollen Zuchttiere wird durch die künstliche Besamung ermöglicht. Den indisch-schweizerischen Projekten kommt für diese neue Technik in Indien eine Pionierrolle zu; die beiden ersten und bisher noch einzigen Stierstationen mit Laboratorien für die Aufbereitung von tiefgefrorenem Samen befinden sich in Kerala und Pandschab. Sie sind heute nicht nur Produktionsstätten für mehrere hunderttausend Samenportionen jährlich, sondern auch Ausbildungsstätten für technisches Personal. Indische Programme sehen den Aufbau ähnlicher Zentren in andern Gliedstaaten in den kommenden Jahren vor.

Im Sektor Viehwirtschaft des Fünfjahresplanes 1974–1979 nehmen die indisch-schweizerischen Viehzuchtvorhaben einen unbestrittenen und nicht unwichtigen Platz ein. Mehr und mehr werden sich in Zukunft im immer noch vielschichtigen Aufgabenbereich die Schwerpunkte von den viehzüchterischen Gesichtspunkten zu den Problemen der Milchvermarktung hin verschieben. Obschon landesweit noch für lange Zeit die grosse Nachfrage nach Milch und Milchproduktion nicht gedeckt sein wird, verlangen doch regionale Produktionssteigerungen schon jetzt neue Lösungen für das Sammeln, Verteilen und Verarbeiten der Milch.

Tschad: Landwirtschaftliche Ausbildungsstätten

Der Tschad ist eines der ärmsten Entwicklungsländer und steckt in ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Diese wenig beneidenswerte Lage hat verschiedene Gründe. Es seien hier nur die wichtigsten erwähnt:

– Der Tschad hat keinen direkten Zugang zum Meer, und die Verkehrsverbindungen nach dem Ausland sind oft schlecht (keine Eisenbahn, Strassen meist in erbärmlichem Zustand).

– Die Verkehrswege im Innern lassen ebenfalls sehr zu wünschen übrig, ist doch der Tschad ein weites Land (etwa 30mal so gross wie die Schweiz) und dünn besiedelt (3,6 Millionen Einwohner); auch fehlt es ihm an Kapital. Unter diesen Umständen ist der Aufbau eines Verkehrsnetzes natürlich äusserst schwierig.

– Die Wirtschaft des Tschad hängt praktisch von einem einzigen Rohprodukt ab, denn 80% der Ausfuhr bestehen aus Baumwolle, übrigens einem Erzeugnis, das immer mehr von den Kunstfasern verdrängt wird. Ausserdem ist die Baumwollerzeugung im Süden des Landes aus klimatischen Gründen beschränkt.

– Der Tschad ist ein Agrarland ohne eigentlichen Binnenhandel. Über 90% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig. Abgese-

hen vom Baumwollanbau dient der Landbau zur Selbstversorgung, so dass keine Weitergabe von Landeserzeugnissen (vor allem Hirse, Fleisch und Erdnüsse) festzustellen ist, die eine Entwicklung des Landes anregen könnte.

– Natürliche Reichtümer sind praktisch nicht vorhanden, und die geographische Lage ist einer ertragreichen Landwirtschaft wenig günstig.

Unter diesen Umständen ist eine Entwicklung nur möglich, wenn es gelingt, bei der Mehrheit der Bevölkerung – also den Bauern – waches Verständnis und Bereitschaft für die grossen Aufgaben des Landes zu wecken und ihre Mitarbeit zu erlangen.

Just in der Baumwollzone im Südosten des Landes liegt die Provinz des Mittleren Schari, welche auf einer Fläche von 45000 km² rund 400000 Einwohner zählt. In dieser Gegend, welche früher wegen des Vorkommens der Tsetsefliege für die Viehwirtschaft ungeeignet war, betreiben die Bewohner noch eine Art von Felderwechselwirtschaft, welche die Erholung der Böden zwischen zwei Anbauzeiten erlaubt. Das Haupthindernis für eine Hebung des Lebensstandards liegt in der Beschränktheit der Produktionsmittel. Die Kürze der den Kulturen günstigen Regenzeit erfordert schnelle und ausgedehnte Feldarbeiten; wie soll das mit einfachen Hacken geschehen? Es handelte sich also darum, den Bauern die Mittel zu einer Intensivierung der Produktion und einer Ausdehnung der Anbauflächen zu verschaffen.

Monkara, die erste der landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten des Mittleren Schari, wurde 1964 von einem jungen schweizerischen Landwirtschaftstechniker eröffnet. Dieser hatte bereits drei Jahre im Tschad gearbeitet: er hatte in verschiedenen Dörfern den Bauern geholfen, Brunnen zu graben, Speicher zu bauen und sich mit der Verwendung von Zugtieren bei der Feldbestellung vertraut zu machen. Auf Grund dieser ersten Erfahrungen und nach dem Besuche von schon bestehenden Ausbildungsstätten in andern Gegenden entwarf er mit den ihm bekannten Bauern und den tschadischen Behörden ein Projekt. Ende 1963 ersuchte die Regierung des Tschad den schweizerischen Dienst für technische Zusammenarbeit, ihr diesen Techniker als Berater für die landwirtschaftliche Ausbildung zur

Verfügung zu stellen. Die Schweiz war einverstanden und verpflichtete sich, den Lohn des Beraters zu zahlen, während der Tschad seinerseits die Kosten für Unterkunft und Dienstreisen übernahm.

Dank der ausgezeichneten Vorarbeit in den Jahren 1960 bis 1963 konnte bereits 1964 der erste Ausbildungskurs beginnen.

Da man sich zum Ziel gesetzt hatte, Leute auszubilden, die nachher in ihre Dörfer zurückkehren, dort als fortschrittliche Landwirte wirken und ihre neuen Kenntnisse an die übrigen Dorfbewohner weitergeben, musste unter allen Umständen vermieden werden, dass sich die Praktikanten ihrer angestammten Umgebung entfremdeten. Deshalb wurden folgende Richtlinien festgelegt:

– Die Praktikanten, je zwei aus einem Dorf, werden im Einvernehmen mit der Bevölkerung ausgewählt. Sie sind so gewissermassen die Vertreter ihres Dorfes und werden nach ihrer Rückkehr wieder in die Gemeinschaft aufgenommen.

– Die Praktikanten nehmen ihre Familie mit an die Ausbildungsstätte und leben dort unter gleichen wirtschaftlichen Bedingungen wie im Dorf. Sie versorgen sich auch selbst aus den Vorräten, die sie vor ihrem Eintritt in die Ausbildungsstätte angelegt haben.

– Die Praktikanten verbringen die Wochenenden in ihrem Dorf, so dass sie während der einjährigen Ausbildungszeit in ständiger Verbindung mit diesem bleiben.

– Die zwei Praktikanten aus dem gleichen Dorf bilden eine Equipe und bebauen zusammen die ihnen von der Ausbildungsstätte zur Verfügung gestellte Fläche (etwa 3 ha je Praktikant). Dank den an der Ausbildungsstätte erlernten neuen Methoden (Verwendung von Pflug und Ochsen gespannt sowie von Dünger und Insektiziden) erzielen sie auf dieser Fläche hohe Erträge, die es ihnen erlauben, sich während der Ausbildung folgenden Jahres mit Lebensmitteln zu versorgen und die neue Ausrüstung (namentlich Pflug und Ochsen gespannt), die sie in ihr Dorf mitnehmen, bar zu bezahlen. So können sie sofort nach der Heimkehr die neuerworbenen Kenntnisse anwenden.

– Der Schwerpunkt der Ausbildung wird auf das Praktische gelegt.

Die so angelegte Ausbildung hat sich als der-

art wirksam erwiesen, dass seither fünf neue Ausbildungsstätten eröffnet worden sind. Von Anfang an verpflichtete sich hierbei der Tschad, die laufenden Kosten, die sich je Ausbildungsstätte und Jahr auf rund 13000 Franken belaufen, zu übernehmen. Man kann diesen Ausgaben das Anwachsen der Zolleinnahmen (Ausfuhrzoll auf Baumwolle) gegenüberstellen, die den grösseren Ernteerträgen zu verdanken sind, welche von den Kursteilnehmern und den von ihnen «angesteckten» Bauern erzielt werden. Das Interesse der tschadischen Behörden an diesem Projekt zeigt sich auch darin, dass sie ihm sehr fähige einheimische Mitarbeiter zur Verfügung stellten, so dass bis zum Frühjahr 1973 alle sechs Ausbildungsstätten an tschadische Leiter übergeben werden konnten. Der schweizerische Dienst für technische Zusammenarbeit hat seinerseits einen Beitrag an das Projekt geleistet, indem er die Baukosten der Ausbildungsstätten (im Durchschnitt ungefähr 150000 Franken je Ausbildungsstätte) übernahm und Sachverständige zur Verfügung stellte. Bis heute sind 609 Praktikanten aus 163 Dörfern ausgebildet worden.

Im Rahmen dieses nunmehr «erwachsen» gewordenen Projekts ist die Schweiz heute noch teilweise verantwortlich für die Koordination zwischen den Ausbildungsstätten. Der einzige negative Punkt betrifft die bisher vernachlässigte Ausbildung der Frauen. Seit dem vergangenen Frühjahr ist eine von der schweizerischen technischen Zusammenarbeit angestellte Afrikanerin aus Togo im Projekt tätig und erarbeitet zusammen mit den Frauen, die ja ihre Männer an die Ausbildungsstätte begleiten, ein geeignetes Ausbildungsprogramm.

Es darf heute festgestellt werden, dass die landwirtschaftlichen Ausbildungsstätten im Mittleren Schari einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung der Provinz leisten, denn dank den gesteigerten Erträgen kann die Versorgung verbessert werden, und dank der neugeschaffenen Nachfrage der Bauern nach Zugochsen und gewissen landwirtschaftlichen Geräten kommt allmählich ein Binnenhandel in Gang.

Die Regierung des Tschad sieht gegenwärtig angesichts der erzielten Ergebnisse die Schaffung von fünfzig ähnlichen Ausbildungsstätten im Land vor.

Costa Rica: Ausbildung von Kältetechnikern

Mit seiner Fläche von rund 50000 km² ist Costa Rica eines der kleinsten Länder Mittelamerikas. Es wird von zwei Gebirgsketten in drei Zonen eingeteilt. Der Norden ist nur schwach bevölkert und weist eine hohe Feuchtigkeit auf, die Mitte wird von einer Hochebene eingenommen, auf der die grosse Mehrheit der Bevölkerung lebt und sich die bedeutenderen Städte befinden, und der Südwesten ist ein Gebiet, wo extensive Landwirtschaft und Viehwirtschaft betrieben werden.

Costa Rica zählt heute etwa 1,8 Millionen Einwohner. Die Wachstumsrate seiner Bevölkerung ist eine der höchsten Lateinamerikas, wenn nicht der ganzen Welt. In der Hauptstadt San José leben mehr als 200000 Einwohner. Die Bevölkerung besteht zu etwa 95% aus Weissen oder Mischlingen (mehrheitlich spanischer Herkunft), zu 4% aus Indianern, die in entlegenen Dörfern leben, und zu 1% aus Schwarzen. Nach seiner Entdeckung durch Kolumbus zu Beginn des 16. Jahrhunderts wurde Costa Rica zu einer spanischen Provinz. Im Jahre 1838 erlangte es die politische Unabhängigkeit.

Obwohl Costa Rica eine gewisse politische und soziale Stabilität aufweist, sind seine wirtschaftlichen Verhältnisse doch keineswegs befriedigend. Seine wirtschaftliche Entwicklung ist noch sehr von der Landwirtschaft abhängig. Deren Anteil am Gesamtwert der Erzeugung beläuft sich auf einen Viertel; sie bringt 70% der Exporteinnahmen ein (Bananen, Kaffee, Zucker usw.) und beschäftigt die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung.

Costa Rica hat in den letzten Jahren bedeutende Anstrengungen auf dem Gebiete der beruflichen Ausbildung unternommen, um die zur Förderung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugung erforderlichen technischen Kader und gelernten Arbeiter zu gewinnen.

In San José ist ein nationales Zentrum für die berufliche Ausbildung gegründet worden, das vom Nationalen Institut für Berufsausbildung (INA) verwaltet wird. Die Schweiz hat inso-

fern zu diesem Unternehmen beigetragen, als sie sich seit 1967 an der Schaffung einer Schule zur Ausbildung von Agrarmechanikern beteiligte, die im Juni 1973 vollständig in die Verantwortung der Behörden Costa Ricas überging. Seit 1971 arbeitet die Schweiz mit dem INA zusammen am Aufbau und am Betrieb einer Kältefachschule, die, wie die Schule für Agrarmechanik, eine Abteilung der erwähnten Ausbildungsstätte ist. In dreijährigen Kursen werden hier Kältetechniker für Costa Rica und die andern mittelamerikanischen Länder ausgebildet. An solchen Fachleuten fehlt es nämlich in allen Ländern Mittelamerikas. In den Küstengegenden ergeben sich hinsichtlich der Lagerung und Beförderung von Erzeugnissen der tropischen Landwirtschaft (Früchte und Gemüse), der Viehzucht (Milch und Fleisch) und der Fischerei Probleme, deren Lösung Personal erfordert, das in der Kältetechnik spezialisiert ist. Gleiches gilt für städtische Gebiete: Milchverarbeitungs- und Getränkeindustrien, Hotels, Supermärkte, Lager und Läden für die Verteilung von Lebensmitteln, Schlachthäuser, Büros, Spitäler usw. setzen die Ausbildung von Fachleuten voraus, die in der Lage sind, Einrichtungen und Geräte für Kühlung und Klimatisierung herzustellen, zu unterhalten und instand zu setzen.

Diese Kältefachschule hat ausgesprochen regionalen Charakter: von den 30 Schülern, die in zwei Kursen mit je 15 Teilnehmern ihre Ausbildung Mitte 1971 bzw. Mitte 1972 begonnen haben, sind 16 Costaricaner, während 4 aus El Salvador, 4 aus Panama, 3 aus Nicaragua, 2 aus Guatemala und einer aus Honduras stammen. Der dritte Kurs mit wiederum etwa 15 Schülern wird nächstens beginnen.

Nach ihrer dreijährigen Ausbildung werden die Schüler der Kältefachschule in folgenden Berufen tätig sein können:

- Als Mechaniker für die Herstellung von Kühl- oder Klimatisierungsgeräten in den Unternehmen dieses Geschäftszweiges;
- als Monteure für neue Kühl- und Klimatisierungsanlagen oder -geräte, sei es selbständig oder als Angestellte eines Unternehmens dieses Geschäftszweiges;
- als Wartungsmechaniker für den Unterhalt und die Instandsetzung von Einrichtungen oder Geräten für Kühlung und Klimatisierung bei der Kundschaft;

- als Mechaniker bei Unternehmen, die Kühleinrichtungen von einiger Grösse verwenden (Milchzentralen, Getränkeindustrien), zum Einrichten, Unterhalten und Instandsetzen derselben;

- als Verkäufer oder Firmenvertreter auf dem Gebiete der Kühl- und Klimatisierungsanlagen oder -geräte.

Die Kältefachschule wird gegenwärtig von einem schweizerischen Experten geleitet, dem zwei schweizerische Instruktoren sowie costaricanische Fachanwärter zur Seite stehen. Letztere werden voraussichtlich 1976 die schweizerischen Fachleute ablösen.

Der schweizerische Beitrag an dieses Vorhaben beläuft sich für die Zeitspanne 1971–1973 auf 1300000 Franken. In diesem Betrag sind enthalten: die Löhne der schweizerischen Fachleute, die Finanzierung des Baus und der Einrichtung der Kältewerkstatt, eine Anzahl Ausbildungsstipendien für die costaricanischen Instruktoren und für die Schüler aus Mittelamerika. Die Durchführung dieses Vorhabens liegt in den Händen von Swisscontact, der Schweizerischen Stiftung für technische Entwicklungshilfe in Zürich.

Rwanda: Fortbildung von Schmieden

Mit seinen 4 Millionen Einwohnern auf einer Fläche von 26000 km² ist Rwanda eines der dichtestbevölkerten Länder der Erde. Dies ist eine besonders kennzeichnende Gegebenheit des kleinen Staates, der im Herzen Afrikas, über 2000 km von der nächsten Küste entfernt, liegt. Sein Relief, das durch die Bildung des Afrikanischen Grabens – jenes grossen Risses durch den Erdteil – gekennzeichnet ist, gleicht auf zwei Dritteln des Gebietes demjenigen von Appenzell. Die Hügel steigen von Osten nach Westen allmählich an, um in mehr als 2500 m Höhe auf dem Kongo-Nil-Kamm, der Wasserscheide dieser beiden grossen Ströme, ihren Höhepunkt zu finden.

Die Entfernung vom Meer und die Legende von der Unbezwinglichkeit des Landes erklä-

ren das späte Erscheinen der Europäer und eine gewisse Starrheit der rwandischen Lebensweise. Die hohe Bevölkerungsdichte stellt sich jedoch dem Landbau als grosses Hindernis entgegen: die mittlere Fläche der landwirtschaftlichen Betriebe, von denen nahezu 94% der Bevölkerung unmittelbar leben, misst in der Mehrzahl der Gegenden weniger als eine Hektare.

Das Volk Rwandas sieht sich hauptsächlich folgenden Bedürfnissen und Problemen gegenüber:

- Steigerung der Einkünfte (gegenwärtig ungefähr 200 Schweizer Franken je Einwohner im Jahr).

- Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Schutz und Urbanisierung der Böden.

- Sorge für eine ausgeglichene Ernährung.
- Verbesserung der Grundlagen für Verkehr und Vermarktung.

Die intensivere Nutzung der Böden ist unmittelbar mit der Modernisierung der Anbaumethoden und landwirtschaftlichen Werkzeuge und Geräte verbunden. Der Wille der Regierung, den Landwirten eine geeignetere Ausrüstung zu annehmbarem Preis zur Verfügung zu stellen, sowie die Notwendigkeit, im Lande selbst zu erzeugen statt zu importieren, haben Rwanda 1968 veranlasst, eine Fortbildungsstätte für Schmiede, Nyabisindu bei Butare, zu schaffen und hierfür um die Unterstützung der schweizerischen technischen Zusammenarbeit nachzusuchen.

Es gibt in Rwanda noch viele Angehörige dieses alterwürdigen Handwerks. Ihre Erzeugnisse und Methoden entsprechen leider den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht mehr. Gewisse Werkzeuge und Geräte werden jetzt importiert und konkurrenzieren den herkömmlichen Markt sehr erheblich, andere sind ausser Gebrauch gekommen (Lanzen, Pfeilspitzen usw.). Das Vorhaben sollte es einer Anzahl dieser Handwerker ermöglichen, einerseits eine neue Ausrüstung und zusätzliche Kenntnisse zu erwerben und andererseits ihre Erzeugung zu diversifizieren.

Von 1969 an organisierte ein junger Walliser Rohrschlosser, der bereits drei Jahre bei einer Mission in Rwanda gearbeitet hatte, einen Kurs für zwölf Schmiede nach einem sich über sechs Monate erstreckenden Programm. Mit der Schaffung der Fortbildungsstätte be-

zweckte man die Ausbildung von etwa sieben Schmieden je Provinz. Jedem von ihnen sollte damit ein hinreichendes Arbeitsfeld gewährleistet sein, ohne dass dadurch die noch tätigen Schmiede herkömmlicher Art ausgeschaltet würden.

Das Projekt kam die schweizerische technische Zusammenarbeit in der Zeitspanne 1969 bis 1973 auf 350000, die Regierung Rwandas auf ungefähr 60000 Schweizer Franken zu stehen; gewisse andere Organisationen (AIDR, Caritas) haben ebenfalls für die Ausrüstung der Fortbildungsstätte Beiträge geleistet.

Seitens der schweizerischen technischen Zusammenarbeit konnte die Unterstützung im August 1973 aufhören. Die Bilanz der Aktion erweist sich als sehr positiv. Die Zahl der Schmiede, die man ausbilden wollte, ist praktisch erreicht worden. Sie sind alle heimgekehrt und arbeiten in ihrem Beruf. Viele von ihnen haben sich zusammengeschlossen, um wirtschaftlich stärkere Kleinunternehmen zu bilden. Das erworbene Material und die Fortbildung ermöglichen es einem Schmied, vier- bis fünfmal mehr zu verdienen als ein ungelerner Arbeiter, und die beruflichen Aussichten steigen. Allmählich beginnen die neuen Erzeugnisse des Handwerks, gewisse Importartikel zu ersetzen. Es handelt sich im landwirtschaftlichen Bereiche vor allem um Hacken, Dreierhacken, Rechen, Gartenhauen und Mühlenhämmer. Aber das Angebot an Erzeugnissen beschränkt sich nicht auf landwirtschaftliche Werkzeuge, sondern erstreckt sich auch auf Schlosserarbeiten, Gegenstände des Hausrats, Maurer- und Schreinerwerkzeuge und Küchengeräte. An die fünfzig Artikel finden heute auf den Märkten oder durch die Vermittlung gewisser Unternehmen Absatz. Die Fortbildungsstätte selber hat sich in eine Produktionsgenossenschaft umgewandelt, deren Bilanz sich nach einigen Monaten der Tätigkeit als eindeutig aktiv erwiesen hat. Sie setzt sich zusammen aus 15 ausgebildeten Schmieden, die unter der Leitung des ehemals dem schweizerischen Experten zur Seite gestellten Fachanwärters stehen, und 15 Lehrlingen, welche die Ausbildung auf Grund praktischer Arbeit absolvieren. Das Rohmaterial wird hauptsächlich aus nicht mehr gebrauchten Fahrzeugen und Maschinen gewonnen. Das Projekt trägt so auf seine Weise zum

Kampf gegen Umweltverschmutzung und Verschwendung bei.

In gesellschaftlicher Hinsicht ist die bedeutsame Tatsache hervorzuheben, dass der «Schmied» seinen angestammten Platz in den ländlichen Gemeinschaften wieder einnimmt. Zudem ist er jetzt besser gewappnet, um sich jeweils den neu erwachsenden Bedürfnissen anzupassen.

Indien: Bewässerungsdarlehen zugunsten bedürftiger Bauern

Der Distrikt Ahmednagar, für den das Projekt bestimmt ist, hat eindeutig landwirtschaftlichen Charakter, da 80% der Bevölkerung vom Landbau leben. Dieser der Fläche nach zweitgrösste Distrikt des Staates Maharashtra (16 700 km²), zählt ungefähr 2 Millionen Einwohner, welche sich auf etwa 1300 Dörfer und 5 Städte verteilen. Klima und Boden sind trocken infolge der ungünstigen geographischen Lage inmitten der Hochebene des Deccan. Die von den westlichen Ghats (Gebirgskette) zurückgehaltenen Regenfälle kommen selten und unregelmässig. In den drei letzten Jahren waren sie sogar katastrophal dürftig.

Die Bewässerung mit tiefliegendem Grundwasser spielt daher in diesem Distrikt eine entscheidende Rolle, denn die Vorräte an Oberflächenwasser sind sehr beschränkt; selbst wenn sie vollständig genutzt würden, vermöchten sie nur etwa einen Viertel der angebauten Fläche zu versorgen.

Für die Bauern, die nicht bewässern können, sind Einkünfte und Erzeugung gering. Verfügen sie dagegen regelmässig über Wasser, so ändern die Verhältnisse gründlich. Die Schwankungen der herkömmlichen Ernten (Sorghum, Hirse) nehmen ab, und es können ertragreichere Kulturen (Zuckerrohr, Gemüse, Getreide) eingeführt werden.

Die Vorteile der «grünen Revolution» haben sich in Indien wie anderswo sehr ungleich verteilt. Sind es doch vor allem die Grossbauern, die aus den neuen Errungenschaften und Me-

thoden Nutzen ziehen können und denen insbesondere die Fortschritte der Bewässerung zugute kommen. Dies liegt sicher einestils an den Zahlungserleichterungen, die sie geniessen, andernteils aber namentlich daran, dass die Darlehensinstitute und die offiziellen landwirtschaftlichen Dienststellen bei ihrer Kreditpolitik die Kleinbauern benachteiligen. Es ist klar, dass nur die reichen Landwirte die Sicherheiten bieten können, welche die Darlehenskassen verlangen. So wird in Indien ungefähr ein Drittel der landwirtschaftlichen Kredite von weniger als 5% der Landbesitzer beansprucht. Daraus ergibt sich im Bereiche der Landwirtschaft eine wachsende Ungleichheit, und dies trotz den Bemühungen der Regierung, der sich auf allen Stufen die Interessen der grossen Grundbesitzer entgegenstellen. Die hauptsächlichsten Hindernisse, auf welche die Kleinbauern stossen, sind vor allem das Fehlen eigener Mittel und die fast vollkommene Unmöglichkeit, sich bei den die Darlehenspolitik bestimmenden Institutionen Gehör zu verschaffen. Mit ihrer beschränkten Kreditfähigkeit können sie bestenfalls einen Teil der für die Bewässerung nötigen Investitionen vornehmen. Ohne zusätzliche Kredite sind die ersten Investitionen von beschränkter Wirkung und die Möglichkeiten der späteren Rückzahlung entsprechend gering. Die Zulassungsbedingungen der Kreditgenossenschaften (Eintrittsbeitrag, der 10 bis 20% des Kredites entspricht) sowie die zu hohen Zinssätze (9%) stellen gleicherweise hemmende und beschränkende Faktoren für die Kreditnachfrage dar. Was die Privatbanken anbetrifft, so bieten sie Darlehen zu Zinssätzen von 25% und mehr an. Es handelte sich somit darum, ein System zu finden, das es ermöglicht, die bedürftigsten Bauern (welche weniger als 4 Hektaren besitzen) zu erreichen. Dies sind in ihrer Mehrzahl ehemalige Pächter und Kastenlose, welche im Rahmen der ersten Landreform zu Eigentümern wurden. Ihnen soll der Zugang zum Agrarkredit erleichtert und die Last des Risikos, welches häufig für die Kleinbauern den Ruin bedeutet, teilweise abgenommen werden.

In diesem Bestreben beschloss die Schweizerische Eidgenossenschaft, dem Social Centre, einer 1966 von den Jesuiten gegründeten gemeinnützigen Gesellschaft, 1,5 Millionen Fran-

ken zur Verfügung zu stellen. Diese verwendet das Geld zum Kauf von Obligationen, die in zehn Jahren rückzahlbar sind, mindestens 5% Zins tragen und von einer Genossenschaftsbank für landwirtschaftliche Kredite ausgegeben werden. Die Bank verfügt so über zusätzliche Mittel für ihre mittelfristigen Kredite mit Nachfrist an die Kleinbauern. Da aber der Zinssatz (9%), den die Kreditnehmer zahlen sollten, zu hoch ist, wird der Ertrag der Obligationen dazu verwendet, diesen Zinssatz auf 4,5% oder weniger zurückzuführen. Zudem ermöglicht es die Frist, die zwischen der Bezahlung der Obligationen und der Gewährung der Kredite an die Bauern durch die Bank verrinnt, dank der kurzfristigen Anlage dieses Kapitals, einen «Fonds für schlechte Risiken» zu bilden. Der Fonds wiederum erlaubt es, den unvorausehbaren Risiken von Krankheit, Dürre usw., welche die Bauern an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen hindern, die Stirn zu bieten.

Das geschilderte Programm wird es gestatten, ungefähr 1200 Darlehen an Kleinbauern für den Bau und die Verbesserung von Brunnen sowie für die Einrichtung von elektrischen und Dieselpumpen zu gewähren.

Einer Untersuchung der Internationalen Entwicklungsorganisation (einer Organisation der Gruppe der Weltbank) zufolge soll die Einführung der Bewässerung durch künstliche Brunnen es ermöglichen, das reine Jahreseinkommen eines Betriebs von 4 Hektaren zu vervierfachen. Die Auswirkungen des Vorhabens im Sinn der Neuverteilung der Einkommen dürften keineswegs nebensächlich sein.

Diese rein finanzielle Hilfe wird durch einen eigentlichen Beratungsdienst ergänzt. Vor der Gewährung eines Kredits wurden geologische Untersuchungen durch Sachverständige zur Bestimmung der Wasservorkommen angestellt. Aber die Einführung der Bewässerung allein genügt nicht, um den Erfolg des Unternehmens zu sichern. Weil die offiziellen Institutionen der Gemeinschaftsentwicklung die Kleinbauern oft nicht erreichen, bedürfen diese einer besonderen technischen Hilfe. Ein Programm der landwirtschaftlichen Beratung sowie die Gewährung kurzfristiger Ergänzungskredite zur Sicherung der Ernten werden das Projekt noch zu vervollständigen haben.

Peru: Wirtschaftliche Nutzung der Amazonasurwälder

Peru: 32mal so gross wie die Schweiz; 130 Millionen Hektaren!

Das Land zerfällt in drei Zonen, die sich markant voneinander unterscheiden. An der Pazifikküste finden wir eine schmale Küstenebene mit Wüstenklima. An vielen Stellen von fruchtbaren Tälern unterbrochen, spielt diese Gegend eine äusserst wichtige Rolle in der Volkswirtschaft Perus, da sie den grössten Teil des Industrie- und Landwirtschaftspotentials beherbergt. Anschliessend folgen die andinen Hochflächen: hier leben 6–7 Millionen Indios grösstenteils von einer Selbstversorger-Landwirtschaft. Seit einigen Jahren führt die peruanische Regierung in diesem Landesteil eine energische Agrarreform durch. Der Osten Perus ist völlig vom dichten Amazonasurwald bedeckt: 65 Millionen Hektaren Naturwälder, d.h. $\frac{3}{5}$ der Landesoberfläche. Zurzeit wird kaum 1% dieser forstwirtschaftlichen Reichtümer ausgebeutet (mit Hektarerträgen von weniger als 0,5 m³/ha). So sieht sich Peru gezwungen, jährlich zur Befriedigung der Inlandnachfrage für mehr als 18 Millionen US-\$ Sägeholz, Zellulose und Papier zu importieren. In diesem Zusammenhang ist Peru zu einem Programmschwerpunkt des Dienstes für technische Zusammenarbeit geworden. Unsere Tätigkeit entfaltet sich vor allem im landwirtschaftlichen Sektor: Futterbauforschung, Tierzucht, Verwertung von Milchprodukten und Waldbau. Das Projekt von Jenaro Herrera ist ein aufschlussreiches Beispiel für diese Art der Zusammenarbeit.

Im Dezember 1965 traf der erste Schweizer Experte in Jenaro Herrera ein. Dieses kleine Dorf wurde 1955 am Ufer des Rio Ucayali, 250 km südlich von Iquitos, mitten im Amazonasurwald, gegründet und zählte 10 Jahre später etwa hundert Einwohner.

Hauptziel des Projekts ist die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung in dieser Gegend durch harmonische Verbindung von Landwirtschaft, Viehzucht und Forstwirtschaft.

schaft. Auf lange Sicht könnte ein solches Unternehmen als Entwicklungsmuster für die gesamte Tieflandzone des Amazonasbeckens dienen.

Da regelmässig wiederkehrende Überschwemmungen die Nutzung der an den Wasserläufen gelegenen Böden erschweren, wurde der Akzent vor allem auf die technische Unterstützung derjenigen Kleinbauern gelegt, die zur Neusiedlung in den höher gelegenen Zonen zwischen Jenaro Herrera und dem Rio Yavarí an der brasilianischen Grenze bereit sind. Es handelt sich hierbei um eine ausgedehnte Hügelgegend, die sich über eine Länge von etwa 90 km bis zu Höhen von 100 bis 200 m erhebt. Obwohl sich vor allem in den Randgebieten des peruanischen Amazonasgebiets höher gelegene Zonen befinden, die aus Drainagegründen besser zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet sind, ist die «Altura» (Höhenzone) von Jenaro Herrera doch repräsentativ für die «Selva baja» (Tieflandamazonien), die einen grossen Teil des Amazonasbeckens umfasst und welche in Zukunft zum Teil auch genutzt werden könnte. Die Experten meinen, dass man um Jenaro Herrera unter Beibehaltung etwa eines Drittels des Waldbestands mehrere hundert Bauernfamilien aus der Umgebung und dem Ucayalibecken ansiedeln könnte. Dieses Vorhaben erfordert folglich eine umfassende Entwicklungsaktion: Errichtung der grundlegenden Infrastrukturen, Berufsbildung, Forschung und Betriebsberatung.

Parallel zum Landwirtschafts- und Viehzuchtprogramm (Fleisch- und Milchproduktion) spielt der forstwirtschaftliche Sektor eine bestimmende Rolle. Der Wald ist in Jenaro Herrera allgegenwärtig! Seine Gegenwart ist manchmal erdrückend, bedeutet aber immer eine Quelle von Leben und unerwarteten Möglichkeiten. Dieser Tropenwald stellt übrigens zahlreiche Probleme. So zählt man zum Beispiel mehr als 2500 Baumarten, von denen nur

ungefähr 600 wissenschaftlich katalogisiert sind. Von diesen inventarisierten Arten werden heute kaum 10% ausgebeutet. Zu den ungenügenden Grundkenntnissen kommt das Fehlen eines Forststrassennetzes, das an die Verteilung der forstwirtschaftlichen Ressourcen anpassbar wäre, sowie die noch immer sehr begrenzte Anwendung rationeller Bewirtschaftungs- und Holzverarbeitungstechniken. Darum bemühten sich die Mitarbeiter des Forstzentrums von Jenaro Herrera, in einer ersten Phase vor allem die potentiellen Reichtümer der Gegend zu bewerten. Auf der Grundlage des vollständigen Inventars einer Pilotzone von 5000 ha schritten die Förster sodann zur Ausscheidung der je für die Forstwirtschaft und die Landwirtschaft bestimmten Ländereien, wobei sie sich auf eine gute Bewertungsstudie der topographischen, pädologischen und hydrologischen Faktoren stützen konnten. Dieses Vorgehen sollte auf lange Sicht den Wald vor totaler Zerstörung bewahren, die nomadisierende landwirtschaftliche Bebauung bremsen und in der Eingriffszone einen genügend grossen Bewaldungsgrad gewährleisten.

In Fortführung dieser Erhebungsarbeiten richtete man ein Ausbildungszentrum für Forstarbeiter sowie ein Versuchs- und Forschungsprogramm ein, das im wesentlichen folgendes umfasst: Verhaltensversuche mit einheimischen (amazonischen) und exotischen Baumarten, Wachstumsstudien an Bäumen, Sammlung botanischen Materials, phänologische und meteorologische Beobachtungen. Für die Durchführung des gesamten Programms verfügt das Projekt über ein wirkungsvolles Unterstützungsnetz sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene. So wurden etwa technische Abkommen mit der Waldbaufakultät der landwirtschaftlichen Hochschule «La Molina» in Lima, der Bodenabteilung der Universität von Peruanisch-Amazonen in Iquitos und dem nationalen Dienst für Meteorologie und Hydrologie abgeschlossen.

Die «Orientierungen» der Schweizerischen Volksbank erscheinen in zwangloser Folge je nach Bedarf. Sie wollen Aufschluss geben über Fragen aller Art aus Kultur und Wirtschaftsleben, welche die Kunden interessieren können, vor allem aus dem Bereich des Bankgeschäfts. Zu beziehen bei allen Geschäftsstellen der Schweizerischen Volksbank sowie bei der Generaldirektion, Bundesgasse 26, 3001 Bern.